

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 82. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6705, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48.— Kč, halbjährig 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschböhmen monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— Mk. Postparaffianto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Unser Verhältnis zu Deutschland.

Der Umfang der letzten Rede des Herrn Ministerpräsidenten war im Gegensatz zu ihrer Klarheit ein sehr bedeutender, so daß sie schon eine stattliche Broschüre füllen könnte. Die drängende Fülle der Tagesereignisse machte es unmöglich zu besprechen, wie die politische Vorgänge durch die vielfarbigen Gläser Dr. Benesch's aussehen, so nützlich es auch wäre, was er sagte und noch mehr: was er nicht sagte, näher zu betrachten. Auf eines der bisher nicht genügend gewürdigten Kapitel aus seiner Rede muß doch zurückgegriffen werden; es geht darin nicht um eine Betrachtungsweise, sondern um Fortwirkendes, um ein Stück Zukunft unser aller und des Staates, kurz, um Klarheit und Offenheit wahrlich nicht belastete Rede des Ministerpräsidenten wird an der Stelle, da sie von den Beziehungen zu Deutschland spricht, von orakelhafter Dunkelheit. Es heißt da: „Es ist natürlich, daß unser Verhältnis zu Deutschland stets durch unsere engen Beziehungen zum Westen und zum Osten, sowie durch das Verhältnis des Westens und des Ostens zu Deutschland selbst bestimmt werden wird. Bisher drückten wir dies durch die Formel aus, daß wir uns in korrekten und loyalen Beziehungen befinden.“ Wenn man in das wirre Gestrüpp dieser Worte sich einen Weg zu bahnen sucht, so kommt ungefähr folgendes zutage: die Tschechoslowakei nimmt zu Deutschland jenes Verhältnis ein, wie es ihre Beziehungen zum Westen (Frankreich) und Osten (Polen) bestimmen und dieses Verhältnis ist abhängig davon, was der Westen (Frankreich) und der Osten (Polen) selber für ein Verhältnis zu Deutschland einnehmen. Das ist in dem dunklen Orakelspruch des Herrn Dr. Benesch ausgedrückt, ein Geständnis, von dem wir mancherlei Hinsicht schon verstehen, daß er es in möglichst unverständliche Formen kleidet, denn Dr. Benesch, der hierzulande gerne als nationaler Friedensbringer gelten möchte, weiß, daß es diesen von seiner ergebenen Presse ihm verliehenen Nimbus bei der deutschen Bevölkerung gründlich zerstören ließe, wenn er diese Politik ohne Schminke vorführen würde. Nicht nur daß dieses ungeschminkte Bekenntnis sein Heldentum und seine Unabhängigkeit in sehr eigenartlichem Lichte erstrahlen ließe, würde es auch das Geständnis bedeuten, daß Dr. Benesch's Politik zugunsten Frankreichs (des Westens) und Polens (des Ostens) gegen Deutschland gerichtet ist. Stumpfsinnige Diplomaten mag solche Offenheit zieren, Dr. Benesch, der geschworene Feind der Geheimdiplomatie dagegen weiß das in Worten von Dunst und Worten zu hüllen, damit ihm ein überlanges Geständnis nicht die Kreise seiner inneren Politik löse. Wie könnte er dann auch von der „Politik der Gerechtigkeit“ und des „dauernden Friedens“ gegenüber Deutschland fasseln!

Die Gerechtigkeit! Dr. Benesch führt sie ebenso gerne im Munde, wie die „Konsolidation“ und die „Stabilisation“. Aber wie die Gerechtigkeit aussah, die er in Genf gegenüber Deutschland betätigte, als es um die Entscheidung des Völkerbundes wegen Oberschlesien ging, darüber gibt das, was Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ erzählte, berechtigen Aufschluß. Der Völkerbundsrat hatte vier Diplomaten, einen Belgier, einen Spanier, einen Brasilianer und einen Chinesen, die eigentliche Entscheidung übertragen, obwohl diesen Herren

### Ein geplantes Attentat in Preßburg.

Mehrere Verhaftungen. — Ein städtischer Beamter begeht Unterschlagungen und will vor dem Selbstmord ein Attentat ausführen.

Preßburg, 23. November. (Tsch. P.) Die hiesige Polizeidirektion verhaftete den Defonomiebeamten Bela Jalic vom Gute Vela bei Komorn, den städtischen Beamten in Preßburg Wilhelm Kaiser und den Beamten der Stollwerke Ladislav Fekete unter der Beschuldigung, ein Attentat vorbereitet zu haben. Gleichzeitig wurden Kaisers Eltern in Haft genommen. Der Vater Kaisers ist Führer der Preßburger magyarischen Christlichsozialen. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß Bela Jalic vom Chauffeur Arpad Stedry 1½ Kilogramm Dynamit oder Ersatz event. eine Höllenmaschine für die Gesellschaft, welche „lange Hände“ hat, beschaffen wollte, um sie

Wilhelm Kaiser zu übergeben. Die Polizei hat diesen Tatbestand festgestellt, indem sie dem Chauffeur, der mit der Anzeige erschien, ein unschädliches Dynamitfalsifikat übergab. Bei dem Verhöre wurden Kaiser auch Unterschlagungen bei der städtischen Elektrischen Bahn in der Höhe von bisher 19.975 Kronen nachgewiesen. Da Kaiser die Aufdeckung seiner Unterschlagungen befürchtete, wollte er nach seiner Angabe Selbstmord begehen und vorher ein Attentat entweder auf den Preßburger Polizeipräsidenten Slavicek, den Minister Dr. Micura oder den Ministerpräsidenten Dr. Benesch ausführen.

### Straflosigkeit für Mord in Ungarn.

Wien, 23. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Aus Budapest wird gemeldet: Das Gericht von Szala-Egerszeg hatte heute über die Prognombanden urteilen sollen, durch welche am 9. Dezember 1919 in der Gemeinde Wiesel neun Juden ermordet und Frauen und Mädchen vergewaltigt wurden. Vorige Woche hat das ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro gemeldet, daß die Mörder

vor Gericht gestellt und bestraft würden. Es wurde nun die Verhandlung plötzlich abgesetzt und das Verfahren gegen alle Angeklagten eingestellt. Der Staatsanwalt hatte den Antrag gestellt, die jüngste Amnestieverordnung Horthy's auf die Angeklagten anzuwenden und das Gericht war diesem Antrag beigetreten.

### Generalkstreik in Triest gegen die Faschisten.

Triest, 23. November. (Tsch. P. V.) Der Generalkstreik in Triest greift immer weiter um sich. Die ganze Arbeiterschaft der Schiffsbauwerke und aller größerer Industrieunternehmungen befinden sich im Ausstand, ebenso jene der Gas- und Elektrizitätswerke, sodaß die Stadt ohne Strom, ohne Licht und

ohne elektrische Kraft ist. Im Hafen ruht die Arbeit vollkommen. Auch die Druckereien arbeiten nicht, sodaß die Zeitungen nicht erscheinen können. Zwischen Faschisten und Kommunisten ist es an einigen Stellen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen.

Oberschlesien gewiß so fremd ist, wie uns etwa die Hochebene Tibets. Aus Oberschlesien waren Sachverständige nach Genf gekommen, aber bis zu den vier Allgenauigen vorzubringen, vermöchten sie nicht. Da kam Herr Dr. Benesch des Weges gefahren und bot sich als „Vermittler“ an. „Herr Benesch ist einer jener weitsehenden Staatsmänner, die immer nur das Nächste sehen. Die Zukunft, die für die Tschechoslowakei nur in einem guten Verhältnis zu Deutschland liegen kann, verspielt er, aber dafür jagt er umso begehrtlicher nach einem Augenblicksgewinn.“ So sagt Theodor Wolff sein Urteil über die Vermittlertätigkeit des Herrn Benesch in der ober-schlesischen Frage zusammen und in der Tat: es wurde ein Augenblicksgewinn, der den Ruhmesglanz Benesch's in den Augen seiner gläubigen Konnationalen auffrischte, aber was diese Erfolgshascherei gegen die Zukunft des eigenen Staates verschuldete, vermögen nur jene nicht zu ermessen, die im solchen Hass gegen Deutschland befangen sind, daß er sie für die Wahrnehmung der Wirklichkeit blind macht. Also Herr Benesch wußte in Paris Einfluß zu gewinnen und der Völkerbundsrat, dieser leibhaftige Hohn auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, überließ es ausgerechnet ihm, den führenden „Sachverständigen“ zu ernennen, zu welchem Amte Dr. Benesch seinen Freund, den Generalsekretär des Verbandes der tschechischen Industrie, Herrn Hobac, erwählte. Und Herr Hobac waltete in Gemeinschaft mit einem zweiten gleichwertigen „Sach-

verständigen“ seines Amtes: Oberschlesien's Industriegebiete wurden an Polen ausgeliefert.

Seit dieser Zeit ist zwischen Dr. Benesch und Polen eine heftige Freundschaft ausgebrochen, die sich zuerst schüchtern dadurch andeutete, daß die beiderseitigen offiziellen Nachrichtenbüros, welche vor dem sorgsam alles sammelten, was die Verhältnisse des anderen Staates herabzusetzen geeignet schien, plötzlich eine Umgruppierung vornahmen und „Nachrichten“ darüber ausgaben, die besagen sollten, daß die beiden Staaten in heißer Liebe für einander erglühen. Deutschland hatte eine neue schwere Wunde empfangen, in der gemeinsamen Freude darüber tauschten Benesch und Stirnunt Druckerlöhne, der Streit um Teschen war vergessen und in innigem Verstehen wurde zur Befestigung der neuen Freundschaft der tschechisch-polnische Vertrag geschlossen, der aufs neue den Glanz des glorieösen Leiters unserer Außenpolitik vermehren sollte. Und die zu allem bereiten Zeitungen, in denen das Lob der erlesenen Staatskunst Benesch's gesungen wurde, merkten nicht richtig: durften nicht merken, daß diese Staatskunst ein bedeutendes Stück der Zukunft des Staates verspielt hatte. Nun muß Herr Dr. Benesch, da er sich hütet, die Dinge in unverhüllter Nacktheit zu zeigen, Worte machen, Dunst erzeugen, Schaum schlagen und in dunklen Redewendungen das Orakel zu Delphi immitieren. Doch er wird die Lösung seiner Rätselsprüche nicht hindern.

### Das Zuchthaus in Lichtenburg.

Im Untersuchungsausschusse des Deutschen Reichstages erstatteten die Vertreter der Unabhängigen und Kommunisten einen Bericht über die Vorfälle im Zuchthaus in Lichtenburg, dem wir folgendes entnehmen:

Das Zuchthaus in Lichtenburg ist eine große Strafanstalt, die mit mehr als 700 Gefangenen belegt ist. Jede und jeder von außen, jede und jeder im Innern ist die Anstalt nur zu sehr geeignet, den Besucher mit Schaudern zu erfüllen. Auf den weiten Höfen des Zuchthauses steht nicht ein einziger Baum! Moderne Reformideen scheinen noch nicht bis nach Lichtenburg gedrungen zu sein.

In diesem Milieu mag die Verzweiflung nur zu leicht die Unglücklichen ergreifen, die dort auf Jahre, auf Jahrzehnte, auf Lebenszeit untergebracht sind. Die politischen Gefangenen, durchwegs Männer, die sich an der kommunistischen Märzaktion in Mitteldeutschland beteiligt haben, hatten bis vor kurzem immer noch die Hoffnung auf eine Amnestie. Als sie am Sonnabend, den 12. d. M. erfuhren, daß der Rechtsausschuß des Reichstages die Amnestie abgelehnt hatte, verzweifeln sie völlig. 130 Gefangene beschloßen, in den Hungerstreik zu treten und führten diesen Beschluß durch. Wir haben alle Verhafteten sprechen können. Nicht ein einziger hatte eine Klage über Behandlung, Verpflegung oder Unterbringung. Alle hatten „nur“ die eitle Beschwerde: Die Gerichte hätten sie zu schlecht behandelt, hätten die Klassenjustiz gar zu erbarmungslos gegen sie angewendet. Die Perle der Hungerstreikenden, die uns von vielen Gefangenen zugerufen wurde, war: Freiheit oder Tod!

130 Gefangene sind in den Hungerstreik getreten. 31 waren bereits vor unserem Eintreffen in Lichtenburg in das Haupt- und Hilfsgefängnis Torgau gebracht worden. Von den in Lichtenburg Zurückgebliebenen hatten 2 den Hungerstreik ausgegeben. Etwa 30 hielten weiter aus. Ein stilles Heldentum! Bewundernswert jene Männer, die trotz aller Bemühungen der Behörden, der Geistlichen und der Ärzte immer wieder die Aufnahme des Essens verweigerten! Ein Beispiel an Opfermut für die gesamte Arbeiterschaft!

In Lebensgefahr war anscheinend niemand von den Gefangenen. Das ärztliche Mitglied des Untersuchungsausschusses, Abg. Großjahn (SPD.) hat dies festgesetzt. Die Streikenden waren zum Teil allerdings stark geschwächt. Aber jeder, den wir sprachen, war in der Lage, zusammenhängend und ohne Schwierigkeit seine Situation zu schildern und seine Sache zu vertreten. Schmucklos und einfach war ihre Rede. Um so ergreifender wirkte, wie uns schien, selbst auf das am weitesten rechtsstehende Mitglied des Untersuchungsausschusses das traurige Los der Gefangenen.

Wir sprachen Gefangene, die lediglich wegen ihrer Teilnahme am offenen Kampf, wegen Requirieren von Lebensmitteln und Geld für die „Rote Armee“ auf Jahre ins Zuchthaus gesteckt worden sind. Die meisten Gefangenen waren unbestraft, bis sie das Zuchthausurteil traf. Unerhört, daß man gegen solche Männer die allgemeine als entehrend empfundene Strafe des Zuchthauses festsetzt und sie damit auf eine Stufe mit gemeinen Verbrechern stellt hat.

Bezeichnend war, daß in den Klagen der meisten dieser „Schwerverbrecher“ vor allem die Sorge um Frau und Kind eine Rolle spielte. Diese Sorge noch im Zuchthaus zeigt am besten den edlen Charakter dieser Männer.

Nach den Berichten der Gefängnisbeamten waren die politischen Gefangenen zunächst in zwei großen durch eine offene Tür verbundenen Sälen untergebracht. Die während des Zusammenstehens der Gefangenen in diesen Räumen unternommenen Versuche, sie vom Hungerstreik abzubringen, waren vergeblich. Die Gefangenen blieben fest, wie die Verwaltung annahm, infolge des Terrors einzelner. Man trat daher dem Gedanken näher, die Gefangenen von einander zu trennen, traf Vorbereitungen für die Aufnahme eines Teiles der Gefangenen in Torgau und ging daran, die



Trennung durchzuführen. Man suchte besonders rührige und erfahrene Gefängnisbeamte aus und ordnete an, daß kein Beamter Waffen bei sich führen und niemand geschlagen werden dürfe. Es gelang dann am Sonnabend wie man uns berichtet, in aller Ruhe, etwa 30 Gefangene nach Torgau zu überführen und die übrigen Gefangenen teils zu drei und vier teils (im Lazarett) zu fünfzehn in Lichtenburg unterzubringen. Nach Mitteilung der Gefängnisverwaltung soll beim Abtransport aus Lichtenburg der von der kommunistischen Partei entsandte Arzt, Dr. Klauber, dabei gewesen und sich davon überzeugt haben, daß die nach Torgau überführten mit der Verlegung einverstanden waren.

Der Hungerstreik war ein Akt der Verzweiflung. Und in der Tat kann der heutige Strafvolzug verzeihen machen. Kein Hoffnungsstrahl dringt bis ins Innere. Die preussische Justizverwaltung verbietet kommunistische Zeitungen überhaupt und läßt andere Zeitungen nur zu, nachdem sie zensuriert sind. Wenn eine Zeitung Angriffe auf die Regierung enthält, werden solche Artikel herausgeschnitten. Daß so mißhandelte Zeitungen erst recht Erregung unter die Gefangenen bringen, scheint einer weisen Justizverwaltung nicht bekannt zu sein. Als Gen. Rosenfeld den Gefangenen Exemplare der „Freiheit“ mit dem Bericht über die Reichstagsverhandlung vom letzten Sonnabend (die Besprechung des Hungerstreiks) ausbandigte, erhob der Vertreter der preussischen Justizverwaltung Einspruch und ließ die Verteilung der Zeitungen

nicht zu. Genosse Rosenfeld mußte die Zeitungen dem Gefängnisdirektor zur Zensur übergeben. Läßt der Strafvolzug auch viel zu wünschen übrig: der Hungerstreik der politischen Gefangenen richtet sich nicht in erster Linie gegen den Strafvolzug, sondern gegen die Klassenjustiz, gegen die Blutrurteile der Ausnahmegerichte, gegen die Mehrheit des Reichstages, welche die Amnestie ablehnte, und gegen die erbarmungslose Gesellschaft, welche die Frauen und Kinder politischer Gefangener hungern läßt.

Der Untersuchungsausschuß wird die Urteile nachprüfen und wir wollen hoffen, daß diese Revision zu einer Freilassung der politischen Gefangenen führt.

Die Arbeiterschaft aller Richtungen darf nicht erlahmen in ihrem Interesse für die „Juchhäuser“. Sie entbehren die Freiheit bereits acht Monate. Sie haben genug gelitten und sie haben durch ihren heldenhaften Hungerstreik gezeigt, daß sie bereit sind, ihr Leben von Neuem zu opfern, die einen für die andern und alle für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Parole der hungernden Gefangenen ist: Freiheit oder Tod! Diese Parole muß Widerhall finden in der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Sorge die Klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft dafür, daß der Druck auf die Regierung so verstärkt wird, daß dem politischen Gefangenen nicht der Tod hinter Kerkermauern, sondern die Freiheit zuteil wird.

## Das Schulbudget für 1922.

### Die Debatte in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Das Schulbudget der tschechoslowakischen Regierung steht den Interessen des arbeitenden Volkes — das haben die Reden unserer Abgeordneten, der Genossen Kirpal und des Genossen Heeger klar bewiesen — fremd gegenüber. Was Wunder, daß von dem Betrage, den dieser Staat für die Schulen auswirft, für die unterdrückten Deutschen fast nichts übrig bleibt? Und dabei ist den tschechischen Chauvinisten das, was den Deutschen gegeben wird, noch zuviel! Der Nationaldemokrat Zukavský ruft den Deutschen zu, daß man ihnen über das Maß ihres Rechtes aus den Friedensverträgen hinaus sogar Geschenke gemacht hat! Zukavský und die anderen sollten sich die Worte merken, die in der gestrigen Sitzung der tschechische Sozialdemokrat Jafa sprach: „Eine erfolgreiche Erziehung ist nur auf der Grundlage der Muttersprache möglich“. Zeltene Worte in der tschechoslowakischen Republik, aber auch dann nur Worte. Wie die Tatsachen aussehen, das beweisen die Ziffern des Schulbudgets, das beweisen die schweren Anklagen, welche die deutschen Redner gegen die tschechische Schulpolitik erhoben. Aber die Tschechoslowakei ist nicht nur ein nationalistisches Gebilde, sie unterdrückt und bekämpft nicht nur Bildung und Kultur der Minderheitsvölker, sie ist vielmehr ein rein kapitalistischer Klassenstaat, der für den Militarismus dreimal so viel Geld übrig hat, wie für die Erziehung der Volksmassen überhaupt. Auf dem Boden dieses Staates kämpfen wir für die Kulturinteressen des gesamten arbeitenden Volkes, auf dem Boden dieses Staates fordern wir für die Deutschen die Schulautonomie. Wenn das dem Schulfachmann und Kommunisten Warmbrunn, der gegen Schluß der Sitzung zu Worte kam, nicht paßt, so wahrscheinlich deshalb, weil die Kommunisten etwas anderes wollen müssen als die Sozialdemokraten und es ist nur schade, daß Warmbrunn seine seine ganze Partei nicht sagen, was sie wollen.

In der Peška, die nach außen hin, gegen die Deutschen, ziemlich einig ist, scheint zwar innen wieder einmal nicht alles zu klappen. Die slowakische Volkspartei, ihr linker Flügel, macht den übrigen Regierungsparteien das Leben ein wenig schwer. Die slowakischen Redner, die mitunter Bewegung in die Verhandlungen bringen, finden alle sehr scharfe Worte gegen die Regierung, der sie Samstag ihr Vertrauen votieren werden. Wir bemerken das nur nebenbei, für uns haben die Zahlen des Schulbudgets so große Bedeutung, daß uns dagegen die Politik innerhalb der Peška von geringem Belang erscheint.

Präsident Tomajchel eröffnete um 1/2 11 Uhr die Sitzung. Der erste Redner, Schollisch (Deutschnational) sollte ein paar Kapitel der Leidensgeschichte des deutschen Schulwesens auf. Er nannte eine Unmenge Beispiele für die Übergriffe der politischen Behörden auf diesem Gebiete. Bisher wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien rund 1600 Volksschulklassen aufgelassen. Am traurigsten ist es in Ostschlesien, in Friedel hat man eine Schule mit 217 Kindern aufgelöst! Das Budget setzt das Volks- und Hochschulwesen der Deutschen in unerhörter Weise gegenüber dem tschechischen Schulwesen zurück.

Abg. Stadty (tsch. Nat.-Soz.) verkündet: es gibt keine tschechischen Minoritäten, sondern nur eine führende tschechische Nation. Diese hat daher im ganzen Staat ein selbstverständliches Recht auf ihre Schulen. Die Deutschen haben kein Anrecht auf die Förderung einer tschechischen Schöpfung, denn sie haben sich an der Bildung des Staates nicht beteiligt und zweitens fehlt ihnen das lokale Bekenntnis zur Republik. Das tschechische Minoritätenschulwesen im gemischtsprachigen und slowakischen Gebiete erfordert höhere Berücksichtigung (Protestrufe von den Bänken der slowakischen Volkspartei).

Abg. Simm (deutscher Nat.-Soz.) spricht von der tschechischen Vernichtungsarbeit gegenüber dem deutschen Schulwesen und kündigt eine noch schärfere oppositionelle Stellung seiner Partei an.

Abg. Dr. Kluso (Slowake, tsch. Agr.) fordert von der Regierung, daß sie das Patronatsrecht über alle Religionen ausdehne. Der Staat schützt nur die römische und griechische Kirche. Der Redner polemisiert gegen die Vorrechte der kalvinischen Kirche in der Slowakei und wirft ihr Magyarenentum vor.

#### Ueber die soziale Not der Schule

#### führt unsere Genossin

#### Abgeordnete Kirpal

unter anderem aus: Bei der Betrachtung des Schulbudgets erfährt uns tiefste Empörung. In dem Staatsvoranschlag sind die Bedürfnisse sowohl der tschechischen, als auch der deutschen Volksschulen sehr stiefmütterlich behandelt. Für beide Nationen sind zu wenig Schulen vorhanden. Noch immer sind 50—60 Schüler in eine Klasse zusammengedrängt, noch immer müssen tausende Kinder stundenweite Wege in die Schule zurücklegen und haben während der Mittagspausen keinen Platz, an dem sie sich aufhalten und ausruhen können. Es ist eine dringende Forderung, daß allen Kindern entweder gegen Entgelt oder unentgeltlich eine reichliche Mittagskost verabreicht wird. Mit welchem stolzen Gefühle gehen die Kinder am ersten Schultage in den Unterricht! Aber schon der zweite Tag bringt den armen unter ihnen Enttäuschung und Empörung, wenn sie der Lehrer von den reichen absondert, — absondern muß, um festzustellen, welche Kinder mit Schulbüchern „beschenkt“ werden. Wir fordern, daß auch bei uns alle Schulkinder mit den Lehrbüchern bedacht werden. Unsere Schulen tragen auch den hygienischen Anforderungen in keiner Weise Rechnung. Noch in sehr wenigen Schulen sind Schulärzte angestellt, wo es der Fall ist, geschieht es auf Kosten der Gemeinden. Eine unserer wichtigsten Forderung, die wir immer wieder erheben müssen, ist die nach

#### Trennung des Staates und der Schule von der Kirche.

Schon vor Jahren wurde in einer Volksversammlung am Altstädter Ring die Forderung erhoben, den Satz von der Trennung der Kirche von Schule und Staat in die Verfassung aufzunehmen. Das, was man damals als Selbstverständlichkeit ansah, wird heute beinahe ins Gegenteil verwandelt. Das Budget wies im Jahre 1920 für den Klerus 29 Millionen, im Jahre 1921 50 Millionen, im Jahre 1922 sogar 54,2 Millionen aus. Wir können ja auch schließlich nicht erwarten, daß eine Regierung, in welcher der Vater Krausl sitzt, ernstlich mit dieser Frage sich befassen wird.

Der Staat muß aber auch für die geistig minderwertigen Schüler sor-

gen. Ueberall in den kleinsten Orten müssen Hilfschulen errichtet werden. In Deutschland bestehen nicht weniger als 18.000 Hilfschulklassen. In der tschechoslowakischen Republik gibt es im Ganzen 16 Hilfschulen mit 23 Klassen. Glaubt die Regierung wirklich, daß es hier bei uns gar so wenig geistig Minderwertige gibt?

Gerade so wie das Volksschulwesen ist im Budget

#### auch das Kindergartenwesen sehr stiefmütterlich behandelt.

Dafür tut der Staat überhaupt nichts. Wir haben wiederholt, auch im Vorjahre beim Bericht über das Budget, darauf aufmerksam gemacht, daß wir die Rechtsverhältnisse der Kindergärtnerinnen geregelt haben wollen. Trotzdem ist bis zum heutigen Tage in dieser Angelegenheit nichts geschehen. Nun haben wir der Regierung in dieser Woche einen Initiativantrag unterbreitet, der sich mit dieser Frage beschäftigt und wir stellen heute nochmals die Forderung auf, daß sich die Regierung mit diesem Antrage ernstlich und sobald wie möglich beschäftigt.

Unsere Forderungen beziehen sich deshalb in erster Linie auf die Volksschulen, weil es dem Arbeiter nur selten und nur unter den größten Schwierigkeiten möglich ist, sich eine höhere Schulbildung zu verschaffen. Wir wollen aber, daß in allen Schulen ein moderner demokratischer und sozialistischer Geist einziehe. Unser österreichischer Genosse Glöckel sagte einmal: „Öffnet die Pforte der Schule, damit Licht, Luft und Sonne in sie eindringe.“ Dies rufen auch wir in erster Stunde der Regierung dieses Staates zu. Auch wir wollen endlich den neuen Geist in der Schule sehen, denn wir wissen, was die Schule für das Proletariat bedeutet: sie ist das Tor der Zukunft.

Abg. Zukavský (tsch. Nat.-Dem.) behauptet, daß die Tschechen dem deutschen Schulwesen weit mehr gegeben haben, als die Friedensverträge vorschrieben. Aber die Ungerechtigkeiten der früheren österreichischen Regierung müssen beseitigt werden. Die Einrichtung tschechischer Schulen im verdeutschten (!) Gebiete bedeutet einen Passionsweg. Um einen Ausgleich zu erzielen, müßten noch einhundert deutscher Klassen aufgelassen und an drei tausend tschechische Klassen errichtet werden (!).

Abg. Dr. Keyerfeldt spricht von der tschechischen Drohungswut gegenüber den deutschen Mittelschulen. „Eine Aenderung wird erst dann eintreten, wenn die Massen unserer Bevölkerung die Sache in die Hand nehmen werden.“ Redner fordert den Schutz des Professor-Titels und eine Reform der Lehrerbildung.

Abg. Dr. Budah (slowak. Volkspartei) erklärt, daß die Katholiken den Grundstock des slowakischen Kulturelementes bilden. Trotzdem wird die Kultur- und Schulpolitik in der Slowakei in antikatholischem Geiste betrieben und deshalb sind die Slowaken unzufrieden. Ein Fehler ist es, in slowakische Anstalten tschechische Lehrer zu schicken.

Abg. Pöwler (Kommunist) vergleicht den niedrigen Schulbudgetposten der Republik, den er auf 3,8 Prozent des Gesamtbudgets herabsetzt, mit dem 19prozentigen Posten des dänischen Schulbudgets. Er beschwert sich darüber, daß die Bevölkerung keinen Einfluß auf die Administrative und den Geist der Schule hat. Dagegen ist der Klerikale Einfluß unvermindert geblieben.

Abg. Jafa (tsch. Soz.-Dem.) wünscht, daß für die Arbeiter Abendschulen ausgebaut, der Preis von Büchern und Zeitschriften verbilligt und das Geseß betreffend die Volksbibliotheken durchgeführt werde. Er begrüßt das Geseß über die körperliche Erziehung, warnt aber vor einer Vermilitarisierung. Eine erfolgreiche Erziehung ist nur auf der Grundlage der Muttersprache möglich. Im Interesse der Kirche möge die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt werden.

Abgeordneter Genosse

#### Heeger

nennt das Kapitel der Schule das traurigste in diesem Staate. Eine demokratische Republik — und das will doch die Tschechoslowakei sein — müßte sich zur Schule und zur Volksbildung überhaupt ganz anders stellen als wie es die Ziffern des Budgets zeigen. Der Unterrichtsminister dieses Staates müßte sich von der Auffassung leiten lassen, daß die Demokratie am besten durch ein gutes Schulwesen gewährleistet wird und er müßte daher auch dafür Sorge tragen, daß den Schulen im Budget die nötigen Mittel angewiesen werden. Er hätte sich also energisch dagegen verwahren müssen, daß von den Erfordernissen des Unterrichtsministeriums 100 Millionen gestrichen werden.

Auf die Klagen der deutschen Minderheit lennen die Herren von der Regierung und die Regierungsparteien immer nur die eine Antwort, daß es den Tschechen im alten Österreich weit schlechter gegangen ist und daß es den „undankbaren Deutschen“ in diesem Staate geradezu herrlich geht. Wir leugnen nicht, daß gerade auf diesem Gebiete in Teperreid viel Unrecht begangen wurde, aber wir müssen

gleichzeitig feststellen, daß die deutschen Sozialdemokraten den Mut besaßen, auch dieses Unrecht zu bekämpfen und es wäre nur zu wünschen, daß auch unter den tschechischen Parteien sich solche fanden, die denselben Mut wie wir aufbringen. Die tschechische Auffassung, daß deutsche Schulen geschlossen werden müssen, damit neue tschechische Schulen errichtet werden können, ist gänzlich falsch und beweist Ihre völlige Rückständigkeit in der Auffassung von der Schule überhaupt. Lassen Sie doch die Deutschen über ihr Schulwesen selbst entscheiden, geben Sie uns die Schulautonomie und Sie werden einen der wichtigsten Gründe des Zwistes und der Erbitterung beseitigt haben.

Das Gesamterfordernis für das Schulwesen ist im Budget mit 1086 Millionen veranschlagt — für die Erfordernisse der Pešeroverwaltung bewilligen Sie 318 Millionen! Die drei Wochen Mobilisierung haben mehr gekostet als das Unterrichtsministerium dem Schulwesen für ein ganzes Jahr zuwendet. Für die Volksschulen sind zwar heuer 588 Millionen gegenüber 168 Millionen im Vorjahre vorgesehen. Diese Erhöhung kommt aber nur zu ganz geringem Teile dem Ausbau des Volksschulwesens zugute, denn ein Posten von 308 Millionen ist als Aufwand für die Lehrer aus der Uebergangswirtschaft mit ins ordentliche Budget eingestellt und daher eigentlich eine Abzugspost.

Die Ziffern des Budgets über den Aufwand für die Mittelschulen zeigen, daß in Böhmen und Mähren der Aufwand für die tschechischen Mittelschulen in demselben Maße prozentuell gestiegen, wie er für die deutschen Mittelschulen gesunken ist. In Schlesien steht es darin etwas günstiger, weil eben dort beim besten Willen nicht mehr Tschechen als Deutsche gezählt werden können. Auch der Aufwand für die deutschen Hochschulen ist um drei Prozent gegenüber dem Vorjahre gesunken. Geradezu auffällig ist der Unterschied der bei dem Aufwand für „volksnützliche Vorträge“ gemacht wird. Für die Tschechen sind 40.000, für die Slowaken 20.000 und für die Deutschen — wahrscheinlich weil sie das kulturell tieferstehende Volk sind — 12.000 Kronen vorgesehen.

Die „Rodni vybor“ haben an vielen Orten die Schließung der deutschen Schulen erzwungen, deutsche Kinder werden amtlich aus den Schulen ausgeschlossen, die Einschreibung in deutsche Schulen werden mit Gewalt verhindert, sodas sogar der Oberste Verwaltungsgerichtshof in einem solchen Falle die Entscheidung der Schulbehörde als ungesetlich aufheben mußte. Wir verlangen die Einsetzung gemischter Kommissionen, welche die Besucherzahl der Minderheitsschulen festzustellen und genaue Statistik darüber zu führen haben, wieviel schulpflichtige Kinder der deutschen, wieviel der tschechischen Nation angehören. Wir nehmen gegen die Bestrebungen Stellung, das Paritätsgeseß zu durchbrechen.

#### Wir fordern die nationale Schulautonomie, Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen und die Errichtung der Einheitschulen!

Schaffen Sie die Möglichkeit der allgemeinen Volksbildung. Die Massen des Volkes sind erfüllt von dem Drang nach Wissen und Bildung. Schließen Sie keine Schulen, sondern schaffen Sie neue. Verwenden Sie die Millionen anstatt für den Militarismus für die Volkserziehung und Sie werden damit der Demokratie am besten nützen.

Abg. Palek (tsch. Agrarier) wünscht eine erweiterte Bildung des Landvolkes auf der Grundlage einer drei- bis vierklassigen Bürgererschule. Er fordert eine größere Zahl landwirtschaftlicher Schulen.

Abg. Petršilla (deutscher Christl.-Soz.) verweist auf die Unterdrückung der Böhmerwaldschulen. Er setzt sich für eine konpromißlos religiöse Erziehung der Kinder ein.

Der slowakische Meritale, Abg. Honclo hält trotz seiner Zugehörigkeit zu einer Regierungspartei, wie sein Vorgänger Budah, eine Kontrarede, in der er sich vor allem gegen die in einem Artikel der „Rodni Listy“ vorgebrachte Beschimpfung der Slowaken verwahrte. Er wünscht eine slowakische, d. i. eine christliche Schule. Die Slowakei braucht eine vollkommene Autonomie.

Abg. Warmbrunn (Kommunist) konstatiert, daß sich die Regierung mit ihrer Schulpolitik in einem Gegenfah zur arbeitenden Mehrheit stellt. Der Redner wirft den deutschen Sozialdemokraten vor, daß sie sich auf den Standpunkt der Bourgeoisie stellen, wenn sie die nationale Schulautonomie fordern. Mit der Phrase: „Schulautonomie ist Trennung und Scheidung, nicht Aufbau“, und mit selbstkonstruierten gegnerischen Argumenten sucht er die trefflichen Zwischenrufe der Genossin Deutsch zu widerlegen.

Abg. Gril (Slowake, tsch. Soz.-Dem.) protestiert im Namen des ganzen (!) slowakischen Volkes gegen die Ausführungen Jurioas. Er legt sich für die Trennung von Staat und Kirche ein.

Abg. Pittlinger (Bund der Landwirte) besprach insbesondere die Schulverhältnisse in Mähren. Er stellte fest, daß keiner seiner Parteigenossen, überhaupt kein Mitglied des parlamentarischen Verbandes im Hause anwesend ist. Bei diesem Zustand blieb es bis zum Schluß seiner Rede.

Beim Schluß unseres Berichtes um halb 11 Uhr nachts sind noch drei Redner vorgemerkt.



Material bei, wonach Fabrikanten durch ihre „agents provocateurs“ selbst Streiks anzetteln, sofern ihnen hierfür die Situation günstig erscheint. Au Klug Man ist nur eine auf breiter Grundlage aufgebaute Organisation zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Wie erst es dieser Mörderzentrale mit ihren etwa 600.000 Mitgliedern bei ihrem Treiben ist, erblickt aus einer in der „New York World“ veröffentlichten Zusammenfassung, wonach diese Terroristen 150 Morde, Verschleppungen und ähnliche Gewaltakte vollführt haben.

Verhaftung des Kommunisten Alpari in Prag. Wie der „Cas“ zu berichten weiß, wurde gestern in Prag der magyarisches Kommunist Alpari, ein Exponent der dritten Internationale, verhaftet. Es verlautet, daß er wichtige Mitteilungen aus Moskau mitgeführt habe.

Ein Beleidigungsschreiben des Präsidenten Masaryk an Frau Hindman. Prag, 23. November. Der Präsident der Republik sandte Frau Hindman aus Anlaß des Ablebens ihres Gatten folgenden Beleidigungsschreiben: „Frau Hindman, London! Ihre Frau Hindman, gestatten Sie, Ihnen in diesem ersten Augenblicke mein herzlichstes Beileid auszudrücken. Sie wissen, wie ich Ihren Gatten geschätzt habe. Masaryk.“

Seligerstraße in Oberleutensdorf. Die Oberleutensdorfer Gemeindevertretung hat beschlossen, die bisherige Franz-Josefstraße in Seligerstraße umzubenennen. Der bisherige Josefplatz heißt von nun an Karl Marxplatz, die Elisabethstraße Goethestraße.

Großer Bibliotheksbrand. In der sippischen Bibliothek in Demold, einer der ältesten Bibliotheken des Reichslands, brach Dienstag Nachmittags ein Feuer aus, dem etwa 30.000 Bände zum Opfer fielen. Der Schaden geht in die Millionen. Bei den Löscharbeiten erlitten 3 Schüler Verletzungen.

Die Zahl der Kinder an den Wiener Schulen, welche noch im Jahre 1914 258.000 Kinder betrug, ist im Jahre 1921 auf 168.000 gesunken, sodas die gegenwärtige Schulschicht 90.000 beträgt. Dieser Rückgang wird sich noch steigern. Im Jahre 1926 wird es 110.000 schulpflichtige Kinder in Wien geben. Während die Zahl der Kinder an den Wiener Schulen um fünftausend im Jahresdurchschnitt stieg, wird sie bis zum Jahre 1926 insgesamt um fast 50 Prozent abnehmen. Aus diesen vielsagenden, wahrhaft erschütternden Ziffern spricht das ganze Elend des Krieges, der wirtschaftlichen Verfallung und der Zusammenhänge und namentlich eines Staatsgebildes zu uns, das auf so widersinnigen Voraussetzungen aufbaut, daß darüber der Nachhinein abhorrt.

Aus Anlaß des Ablebens des Genossen Professor Raubitz findet heute um acht Uhr abends im Lokale Smetschkastraße 27 eine gemeinsame Sitzung der Prager Bezirksvertretung und des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter Großprags statt.

Deutscher Bezirksbildungsausschuss Groß-Prag. Heute, halb 7, Landesrat Dr. Rudolf Slawitschek „Staatsbürgerliche Erziehung“ (Volk, Staat und Wirtschaft). Dritte Kurstunde. Kleiner Uraniasaal. Eintritt frei.

Gründung eines Arbeiterheims in Lieben. Das Kuratorium zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in Prag und Umgebung hat soeben das Familienpensionat Evododarna (Kebigenheim) für ledige Arbeiter in Lieben in der Strahoberggasse Nr. 1110 an der Ecke der Elektrischen Nr. 5 eröffnet. Das Haus ist sehr bequem und zweckmäßig eingerichtet, mit elektrischem Licht, Zentralheizung, öffentlichen Wannenbädern und Duschen, Wäschräumen mit warmem und kaltem Wasser, einer Dampfwascherei und einem Volks-

restaurant versehen. Ein Friseur, Schneider und Schuster stehen den ledigen Arbeitern zur Verfügung. Der Preis beträgt für ein Kabinett mit Morgenskaffee 50 Kr. pro Woche. Die Zimmer werden auch pro Tag abgegeben. Hoffentlich werden auch deutsche Arbeiter von dieser Einrichtung ausreichend Gebrauch machen können.

### Ausland.

Scheitern der Gegenrevolution in der Ukraine? Nach einem Bericht der kommunistischen Agentur „Rosta“ teilt das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten offiziell mit, daß alle Nachrichten von Kuffständen in der Ukraine, welche trotz ihrer offensichtlichen Grundlosigkeit noch immer in der europäischen Presse verbreitet werden, vollkommen aus der Luft gegriffen sind. Diese Nachrichten entbehren umfomehr jeder Grundlage, als der Petljura-Einbruch selbst bereits liquidiert und das Grenzgebiet von den Banditen gesäubert wurde. Die Verjagung der Banden wurde dadurch erschwert, daß sich die Banditen in die Wälder geflüchtet haben und so deren Vertreibung nicht sofort in Angriff genommen werden konnte. Von dem Vordringen irgend welcher Insurgenten in die Ukraine oder gar der Besetzung Kiwos durch „Aufständische“ kann selbstverständlich nicht die Rede sein. Diese Meldung und die über Semberg verbreiteten Nachrichten der ukrainischen Gegenrevolutionäre besagen so ziemlich das strikte Gegenteil. Die Wahrheit dürfte demnach ungefähr in der Mitte liegen und es sich um unentschiedene Kämpfe zwischen beiden Parteien handeln.

### Die ominöse Betka.

In der gestrigen Sitzung des Budgetauschusses.

sollte das Gesetz über die Gesundheitszuschläge zu den Steuern betrachtet werden. Dr. Robjek beantragte Vertagung, da sein Ruf zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen habe. Genosse Taub wendete sich gegen die Nebenregierung der Betka, von welcher Nebenregierung die Mehrheitsparteien sich nicht scheuen, offen zu sprechen. Es ist ein unerträglich Zustand, daß die Nebenregierung die Gesetze dem Ausschusse nicht zur Beratung, sondern nur, bereits beschlossen, zur Genehmigung oder Ablehnung vorlegt. Abgeordneter Matoušek verteidigt die Betka und bezeichnet ihre Gründung und die Rücksicht auf sie als das Recht der Majorität. Kemeč erklärt, im Ausschusse gebe es kein Recht der Majorität. Genosse Hadenberg meint, daß sicherlich jeder Abgeordnete das Recht hat, im Namen seines Klubs die Zurückstellung einer Vorlage zu verlangen. Aber der Ausschuss darf nicht gezwungen werden, auf das Nebenparlament der Betka Rücksicht zu nehmen. „Wenn wir hier nicht die Möglichkeit haben, Verbesserungen und Änderungen der Vorlagen herbeizuführen, so ist unsere Anwesenheit zwecklos, und dann wäre es besser, wenn wir uns vom Ausschuss und vom Parlament fernhalten. Ob Sie das herbeiführen wollen, ist Ihre Sache.“ — Bubnil stimmte den Ausführungen Hadenbergs zu.

Der Vertagungsantrag Robjeks wurde dann mit zehn gegen neun Stimmen — Baeran hatte sich entzogen — angenommen. Gegen den Antrag stimmten die deutschen Sozialdemokraten, die Deutschbürgerlichen und die Kommunisten.

Bemerkenswert ist die Haltung der Regie-

rung. Während Dienstag der Gesundheitsminister erklärte, daß die sofortige Erledigung dieser Vorlage eine unumgängliche Notwendigkeit sei, sagte gestern der Vertreter des Gesundheitsministeriums Dr. Weber, das Gesundheitsministerium sei mit der Vertagung einverstanden.

Ersparungskommission. Gestern fand die konstituierende Sitzung der parlamentarischen Ersparungskommission statt. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Kramar, zu dessen Stellvertretern Sen. Dr. Klouda und Abg. Sonntag gewählt. Hierauf berichtete Abg. Dr. Winter und beantragte die Einsetzung eines sechsgliedrigen Komitees zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung. Dieser Antrag wurde angenommen und in die Kommission nebst den Vorsitzenden die Abg. Dr. Winter, Krejčí, Sonntag und Curik und die Senatoren Dr. Heller und Klouda gewählt. Zum Generalberichterstatter wurde Abg. Dr. Winter bestimmt.

### Die Drofflung der deutschen Hochschulen.

Im Kulturanschuß

wurde gestern der im Senat behandelte Antrag über die Feuerbestattung gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen. Dann kam der vom Senat eingebrachte und verhandelte Antrag betreffend das Gesetz über die Errichtung und Erweiterung der Hochschulen zur Verhandlung. Lubavský fordert in seinem Bericht die Annahme des Gesetzes und die Ablehnung der Resolutionen, da diese keine Kulturangelegenheiten, sondern politische Fragen sind. Das Gesetz wird hierauf angenommen, was eine längere Debatte auslöst. Nach Prof. Spina, der das Eingehen auf die Hochschulforderungen der Deutschen forderte, erklärte Genossin

Deutsch

daß nicht diese Resolution, wie Lubavský sagt, sondern in erster Linie dieses Gesetz selbst, das ohne und gegen unsere Stimmen angenommen wurde, keine Kultur-, sondern eine politische Sache ist. Dieses Gesetz gibt der Regierung die Möglichkeit, über den Stand und über die Zusammensetzung der Universitäten nach Gutdünken zu verfügen. Dieses Gesetz ist vor allem eine Bedrohung der Entwicklung der deutschen Hochschulen. Es hebt die Freizügigkeit auf. Es wäre eine Sache der Gerechtigkeit gewesen, wäre sie mit diesem Gesetz, das ihnen soviel Macht in die Hand gibt, auch die Resolutionen angenommen hätten, die teilweise eine Regelung der Hochschulforderungen des deutschen Volkes beinhalten. Die Reorganisation der landwirtschaftlichen Akademie in Teichern-Liebert und die Angliederung eines zweijährigen montanistischen Kurses an die Prager deutsche Technik sind mit diesem Gesetz verknüpft. Die Notwendigkeiten dieser Forderung werden mit dieser Ablehnung nicht aus der Welt geschafft.

Lubavský erwidert in sehr schroffer, ja brutaler Weise auf diese Feststellung. Er betont neuerdings, die montanistische Hochschule sei keine Notwendigkeit.

Ihm antwortet Prof. Spina, daß 90 Prozent der Bergingenieure in der Tschechoslowakei Deutsche seien.

In der Debatte sprachen dann noch Rybar, Horak, Schöllich und Stadl. Schöllich wiederholte die Forderung nach Behandlung folgender Fragen: Kindergärten, Hilsschulen, Lehrerbildung und Konstituierung der Bezirkschulenausschüsse.

tummelt, als jagte mich wer, nur damit wir es bald hinter uns haben.

„Und so wird man fertig. Und einmal, wie sie so ganz verloren da sitzt, so schleich' ich mich hinter sie und geb' ihr einen Kuß auf den Nacken. Sie verfährt sich und fährt auf. „Erschrick mir nur nicht wieder, Sanka, mein Zecken! Ich brauch' dich nicht mehr.“

„Wieso?“ — ganz atemlos und in Spannung.

„Wir sind fertig. Und ich brauch' dich wirklich nicht mehr.“

„Das war ein böses Wort. Eins von der Art, auf der ein Teufel sitzt. Man spricht es aus und denkt sich gar nicht dabei, wie es der andere nehmen und fassen wird. In ihr hat's Wurzeln geschlagen. „Ja, du traust mich nicht mehr“, sagt sie ernst und traurig und richtet sich zusammen.

„Ich merke wohl, sie ist aus dem Gleichgewicht. Aber das findet eine gesunde Person schon wieder. Und weil ich selber guter Dinge bin und meiner Sorge ledig wie meiner Plage, so nehme ich mir alle Mühe mit ihr; und wenn sie's schon nicht wird gewöhnen können, so wird sie doch stolz sein auf meinen Erfolg, den ich doch ohne sie durchaus nicht hätte gewinnen können. Und ich merke dabei auch, es ist etwas Fremdes zwischen mir und meinem Weib. Sie muß sich zwingen, auch mir herzlich zu erscheinen. Und derweil trocknet das Bild. Und ich schreibe dem Rahmenmacher nach Wien Maße und lege genaue Angaben und eine Zeichnung bei, und meld' es bei der Kommission und bin meiner

### Die Umsatzsteuer.

In welchen Fällen ist nur die einprozentige Umsatzsteuer zu zahlen?

Sogleich nach Erscheinen des neuen Umsatzsteuergesetzes machten sich Zweifel geltend, in welchen Fällen die Befreiung des § 10 Anwendung zu finden habe, nach welchem gewisse, für den Lebensunterhalt absolut erforderliche Gegenstände bloß der einprozentigen Umsatzsteuer unterliegen. Die bezügliche Bestimmung des § 10 hat folgenden Wortlaut: „Bei Lieferungen von landwirtschaftlichen Produkten außer von Getreide, Samen, Hopfen und fremdländischem Obst, ferner von Wahlprodukten, Kartoffeln, Bädererzeugnissen, dann die Lieferungen von Pflanzenweisse, Fleisch und Fleischprodukten mit Ausnahme von Wildpret und Fischen beträgt die Umsatzsteuer 1 Prozent vom Entgelte.“ — Vergebens haben sich die Kaufleute und Gewerbetreibende an die Finanzbehörden um Interpretation gewandt, ob z. B. eingelegtes Obst, Marmelade, Torten, usw. unter diese Bestimmung fallen oder nicht, damit bei der Feststellung der Preise mit Sicherheit, sei es nun mit der einprozentigen oder zwei prozentigen Umsatzsteuer, kalkuliert werden könne. Wenn auch das Finanzministerium bisher die Durchführungsverordnung zum neuen Umsatzsteuergesetz noch immer nicht publiziert hat, so sind doch bereits eine Reihe von Ministerialerlassen in der letzten Zeit erlassen worden, aus denen sich folgender Standpunkt des Finanzministeriums gegenüber dieser vielversprochenen Bestimmung ergibt:

Unter landwirtschaftlichen Produkten sind im Sinne des § 10 bloß Gegenstände der landwirtschaftlichen Produktion, und zwar sowohl der Pflanzen- als auch der Tierproduktion im ursprünglichen, unverarbeiteten Zustand zu verstehen. Als landwirtschaftliche Erzeugnisse sind sonach alle Gattungen von Getreide, Kartoffeln, Futterfrüchten zu verstehen, alle Arten inländischer Obstes, Gemüse, Stroh, Heu usw. Holz unterliegt der einprozentigen Umsatzsteuer nur insofern, als es nicht bearbeitet, resp. verarbeitet ist, wobei ein bloßes mechanisches Trocknen oder Reinigen nicht als Bearbeitung oder Verarbeitung im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist. Es unterliegen sonach der einprozentigen Steuer Brennholz, Stämme, Klöße, dann z. B. getrocknete Schwämme, nicht jedoch Balken, eingelegtes Obst, eingelegtes Gemüse, Bowidel, Marmelade, Most, Wein, Wachs Käse usw., dann auch Futtermittel, welche durch Bearbeitung oder Zubereitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse hergestellt werden. (z. B. Treber, Malzkeime, usw.) Zu den Tierprodukten, welche bloß der einprozentigen Umsatzsteuer unterliegen, gehören alle Arten von Hausvieh, Geflügel, ferner rohe Häute, Federn, Eier, Milch, Lappen usw. Zu den Fleischerzeugnissen gehören nicht nur alle Tierfette (die Pflanzenfette sind schon nach der positiven Anordnung des Gesetzes bloß der einprozentigen Steuer unterworfen), sondern sonderbarer Weise auch sämtliche Fleischspeisen, also Fleisch im zubereiteten Zustand, sodas nicht nur alle Seldwaren, sondern auch die in den Restaurationen verarbeiteten Fleischspeisen bloß der einprozentigen Steuer unterliegen!

Daß Mehl, Meie, Gries, Kartoffeln usw. bloß der einprozentigen Steuer unterliegen, geht schon aus der Textierung des § 10 selbst hervor. Zweifel bestehen noch bezüglich des Begriffs „Bädererzeugnisse“, wobei angeblich die Finanzverwaltung den Standpunkt vertritt, daß Leigware der zwei prozentigen Umsatzsteuer unterliegt. Bei dieser Gelegenheit erscheint es bemerkenswert, daß die gleichfalls zu vielen Zweifeln Anlaß ge-

### Die Hanna.

12)

Von J. J. David.

„Das war diesmal nicht. Sie hat die Kette angelesen und hat gestaunt über die Schönheit der Arbeit und über ihre Kostbarkeit und hat sie so gewiß ängstlich in der Hand gezogen. Aber sie ist nicht warm geworden und hat sie weggeräumt zu ihren anderen Schmucksachen. Nämlich, getragen hat sie fast nie etwas öfter, wie einmal, das man ihr geschenkt hat, nämlich den nächsten Sonntag. Aufgehoben hat sie sich's, wie so ein heimliches Hamsterchen, aber betrachtet hat sie's immer wieder und damit sehr vergnügt gespielt. Diesmal nicht.

„Mich hat das ein wenig geärgert, wie Un dank oder wenigstens wie Unerkennlichkeit für guten Willen. Denn daß ich sie bezahlen will, dies kann sie unmöglich geglaubt haben. Aber, meine Stimmung lass' ich mir nicht verderben, und am End' — warum soll sie nicht auch ihre Lammern haben, wenn ich sie habe.

„Den nächsten Tag kommt sie wieder. Und so Tag um Tag, nur nicht am Sonntag. Und sie klagt nicht mehr über Müdigkeit, sondern hält aus, wie lang man nur will. Nur effen tut sie nichts in der Zeit und ist furchtbar schreckhaft bei jedem Mannsbild, das ihr begegnet und das sie anspricht. Und alles muß man ihr nur einmal sagen, und sie vergißt es nie mehr. Und ich fühl' freu' mich noch über

ihren Eifer und denk' mir: sie sieht auch ein, daß ich nichts Nützliches oder Sinnloses von ihr erhalte hab'; sie gewöhnt sich schon, und das übrige wird sie geben, und über eine Zeit weiß sie garnichts mehr davon.

„Das Bild aber ist mir gerückt, wie ich's nicht für möglich gehalten hatt'. Immer schöner und meisterlicher. Du mußt nicht glauben, ich hab' den Größenwahn, und ich tu' mich da groß mit etwas, was keiner sehen soll. Aber, man hat doch manches gesehen und verglichen, vorher und nachher, und hat über sich selber ein Urteil. Und da war alles: Farbe und Leben und eine solche Sicherheit, die gar nicht sucht, sondern niemals irrt und immer das Richtige trifft. Und wie ein Gottesdienst waren mir diese Stunden, wie ich ihn einmal gekannt hab', noch ein Bube, noch ehe mich meine Mutter hat geistlich lernen lassen wollen, wo man ganz erfüllt ist von seiner Andacht und seinen Gott danken in sich führt und hin atmet und nichts denken kann, nur ihn.

„Gedanken und Sorgen gemacht hat mir eigentlich nur der Kopf. Nämlich, er war mir so, wie er war, zu gewöhnlich für den Körper. Einen anderen aber nehmen? Ja, woher? Und ich hab' mit der Zeit begriffen, sie ist vollkommen, ganz so, wie sie ist und organisch und nicht anders zu denken, und wer etwas zutut oder ändert, der lügt und fälscht nur und verdriest. Und immer lieber ist sie mir geworden in diesem letzten Opfer, das sie mir bringt, und ich hab' mir geschworen, sie soll niemals mehr eine schlimme Stunde haben durch mich, und habe mich nach Kräften ge-

und meines großen Erfolges so sicher, daß ich nichts von dem sehe, was neben mir sich vorbereitet.

„Also die Kiste wird gebracht; ich mache meinen Spaz: „Sanka, lomm und hilf mir. Wir packen dich ein.“

„Sie sieht mich an, ganz ohne Fassung und ohne Glauben an das, was ich sage: „Ja, wozu denn, Florian?“

„Ja, ich will's doch ausstellen, Sanka!“ Sie streicht sich mit der Hand über die Stirn, als haste da was, das sie wegbringen muß: „Mich willst du ausstellen, Florian?“

„Das gibt nun eine wunderliche Konfusion, denk' ich mir. Sie kann sich nicht unterscheiden von dem, was ich von ihr gemalt hab'. Also nehm' ich sie bei der Hand und sag' sehr voller Güte, wie man einem Kinde zuspricht: „Dich nicht, Sanka! Nur dieses Bild.“

„Ja, und was heißt das, ausstellen?“

„Ja, das geht nun nach Wien. Und dort wird man's richten, wie es sich gehört, damit es seine richtige Wirkung tut, und es gut im richtigen Licht, aufhängen hoff' ich. Und viele Leute werden kommen, auch welche damit freuen und sagen: das ist ein großer Künstler, der das gemalt hat, und ich bin ver rüht, und du bist es auch als mein Weib.“

„Und so“, sie deutet mit dem Finger nach dem Bild, „so sollen mich die Leute sehen?“ Und sie wird glührot und bläß: „Zu mir das nicht an, Florian.“

„Ja, warum denn nicht, Sanka? Sei nicht kindisch!“

(Fortsetzung folgt.)



bende Post A. S. 4 des Verzeichnisses der Luxussteuerpflichtigen Gegenstände „seine Käseforten“ in der Weise zu interpretieren ist, daß bloß die echten Käseforten, Emmentaler, Parmesan, Roquefort, Gouda usw. und die sonstigen im Gesehe taxativ aufgezählten Käseforten der zwölfprozentigen Luxussteuer beim Erzeuger unterliegen, dagegen die gleichen Käseforten wenn sie, sei es daß sie bloß Imitationen darstellen, sei es daß sie unter anderem Namen in den Handel kommen, nicht unter diese Gesehestelle fallen.

Die Umsatzsteuerermäßigung bei den für die Deckung der notwendigen Lebensbedürfnisse erforderlichen Produkten ist eine der wenigen, begründeten Neuerungen in dem novellierten Gesehe. Eine ähnliche Bestimmung findet sich auch im französischen Umsatzsteuergesehe, wo sämtliche „Produkte“ von der Umsatzsteuerpflicht ausgenommen sind. In Deutschland, wo sich vor Novellierung des letzten Umsatzsteuergesehes gleichfalls viele Stimmen für diese Maßnahme der Steuererleichterung der Lebensmittel geltend machten, wurde eine ähnliche Bestimmung in das Gesehe nicht aufgenommen, da statistische Daten das Ergebnis zeigten, daß nur 50 Prozent aller Umsätze Nahrungsmittel und sonstige, für den notwendigen Lebensunterhalt erforderliche Artikel betreffen, sodaß man eine zu tiefreichende Reduktion des Finanzertrages befürchtete. Aus den gleichen Gründen wurde auch bei uns von einer vollständigen Freilassung dieser Waren im Finanzhaushalt Abstand genommen und bloß die Ermäßigung des Steuersatzes auf 1 Prozent beschlossen.

### Der „Bund der Ringmänner“.

Angeschuldigte Polizeiwachmeister.

Berlin, 23. November. (Wolff.) Heute begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den Polizeiwachmeister Erben und den Polizeihauptwachmeister Meher von der „Hundertschaft zur besonderen Verwendung“, die beschuldigt werden, am 15. Juni 1921 den Oberwachmeister Buchholz getötet zu haben, der an diesem Tage in der Charlottenburger Schlosskaserne tot aufgefunden worden war. Gleichzeitig wird auch die Anklage zur Sprache kommen, wonach bei der „Hundertschaft zur besonderen Verwendung“ ein Geheimbund bestanden habe, der den Namen „Bund der Ringmänner“ führte. Dieser soll über geheime Waffenlager verfügt, bei Nacht „Grenzertritte“ abhalten und Urteile gegen „Verräter“ gefällt haben. Zur heutigen Verhandlung sind über 100 Zeugen und eine Reihe von Sachverständigen geladen.

### Die Washingtoner Konferenz.

Italien will keine Unterseeboote.

Washington, 22. November. (Tsch. P. B.) Der italienische Delegierte im Neuerausschuß hat erklärt, daß Italien notwendig Unterseeboote zu seiner Verteidigung brauche. Die finanzielle Lage des Landes mache den Bau von Großkampfschiffen schwierig. Die Italiener müßten im Mittelmeer eine Seemacht haben, die derjenigen der stärksten Seemacht im Mittelmeere mit Ausnahme der englischen Flotte gleichkomme.

Fernwirkungen des deutschen Marksturzes.

Brüssel, 23. November. (Sabas.) Der überstürzte Ausverkauf deutscher Waren in das Ausland gab in Cadix Anlaß zu Arbeiterunruhen. Die Demonstranten gerinnerten zahlreiche Auslageläden und raubten einige Läden aus.

Der Aufstand in Bombay, eine Arbeiterrevolte.

London, 20. November. „Sunday Express“ meldet aus Bombay, daß die Zahl der dort im Aufstande befindlichen Arbeiter mehr als 80.000 betrage. Der Aufstand brach anlässlich des Thronfolgerbesuches in Bombay aus.

Fortschritt der Ukrainer gegen die Bolschewiki?

Wien, 22. November. (Ukrainischer Pressedienst.) In der Nacht vom 16. auf den 17. d. M. haben die ukrainischen Aufständischen die Stadt Schmerinka, den wichtigsten Eisenbahnknotenpunkt der westlichen Ukraina erobert.

### Kleine Chronik.

Explosion in einer Anilinfabrik. Ludwigshafen, 23. November. Vorgestern Vormittag fand im Bau 34 des alten Werkes der Bad-

ischen Anilinfabrik eine Explosion statt. Zwei Arbeiter wurden getötet, acht mehr oder weniger schwer verletzt. Der Bau wurde vollständig geräumt.

Aufgefundenen Ur-Menschen Schädel. London, 23. November. (Hunt-Baurens.) Die Zoologische Gesellschaft verhandelte gestern über den in Argentinien in Nordwesta aufgefundenen bemerkenswerten Schädel. Dr. Woodward Smith sprach seine Meinung dahin aus, daß der Schädel von einem Menschen aus einer früheren Periode stamme als der im Jahre 1856 im Neanderthal gefundene Schädel des Diluvialmenschen. Der aufgefundenen Schädel weist eine vollkommen erhaltene Schädelkapsel sowie eine vollkommen vertikale Haltung auf, obwohl einige Charakterzüge jenen gleich sind, die derzeit ausschließlich den Affen zugesprochen werden. Professor Elliot Smith behauptet, daß der Schädel zahlreiche ungewöhnliche Ähnlichkeiten mit dem eines Gorilla aufweist. Der Schädel vereinige charakteristische menschliche Merkmale mit Merkmalen, die mehr an einen Affen erinnern als sonst jemals frühere Funde.

Geschwindigkeitsrekord eines Dampfers. Der Cunarddampfer „Aquitania“ erreichte bei seiner letzten Fahrt von New York nach Southampton eine Schnelligkeit von 26,66 Knoten in der Stunde, womit er einen einzig dastehenden Weltrekord erzielt hat. Auf der „Aquitania“ wurde vor 18 Monaten statt der Kohlen die Naphthaheizung eingeführt.

Wiederaufnahme des Verkehrs mit Ungarn. Mit Gültigkeit vom 20. November wurde der Transport sämtlicher Waren über alle Uebergangsstationen nach Magyarien in dem Umfange und unter den Bedingungen wie vor der Mobilisierung freigegeben. Gleichzeitig wurde der Verkehr der direkten Schnellzüge von Prag nach Budapest und weiter nach Belgrad und zurück sowie der übrige Personenzugverkehr nach Ungarn in dem Umfange wie vor der Mobilisierung wieder aufgenommen.

Nielige Provi- und Mehlkartenschiebung. Vor dem Untersuchungsgericht des Berliner Landgerichts II sollte diesen Montag ein dreitägiger Prozeß beginnen, in dem es sich um umfangreiche Provi- und Mehlkartenschiebungen handelt, die schon mehrfach der Geoentand selbsther Erörterungen in der Öffentlichkeit geworden waren. Die auf gewerbsmäßigen Schleichhandel, Bestechung, Kartenschiebung, Fälschung und Fälschungsbefehl lautende Anklage richtet sich gegen einen Kassiersekretär und fünf Bädermeister. Es handelt sich um Mehlkartenschiebungen größerer Stiles, die seinerzeit von der vom Stadtrat Schünung geleiteten Berliner Uebervornahmeabteilung angeklagt worden waren. Insgesamt betraf es 1.260.000 Provisorten und 250.000 Reifebrotmarken, die innerhalb von 2 1/2 Jahren von der Gemeinde Lichterfelde bzw. dem dort tätigen Kassiersekretär Berliner zu viel angefertigt worden waren. Die Ermittlungen ergaben, daß die Anklagten schon einmal vorausgabte und zurückgegebene Provisorten nochmals an die mitangeklagten Bädermeister aufgegeben hatten, die 75 Pfennig pro Stück dafür bezahlen mußten. Gestrichen soll auf diese Weise Hunderttausende verdient haben. Vor Gericht stellte Rechtsanwalt Bohm den Antrag, Berliner auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Prozeß wurde vertagt.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Tschechisches Kapital setzt sich in Deutschland fest. Berlin, 23. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß eine starke Mehrheit der Laurahütte-Aktien in die Hände einer tschechoslowakischen Gruppe unter Führung der Firma Weinmann (Aussig) übergegangen sei. An den Hohenlohewerken ist seit längerer Zeit ebenfalls eine tschechoslowakische Gruppe unter Führung Reichel durch Aktienbesitz beteiligt. Diese Beteiligung ist in letzter Zeit mit 15 Millionen Mark durch Ausübung von Optionen wesentlich vergrößert worden. Wenn weitere Optionen ausgeübt werden, dürfte auch bei den Hohenlohe-Werken der ausschlaggebende Einfluß in tschechoslowakische Hände gelangen.

ArbeitsEinstellung der Textilarbeiter in Prag. Gestern um drei Uhr nachmittags stellte die Arbeiterschaft aller Prager Textilfabriken die Arbeit ein, um gegen die Unternehmung zu protestieren, die eine geringe Lohnerhöhung nicht bewilligen wollen. Ungefähr 2000 Personen versammelten sich im Garten des „Lidovský dům“, wo der Sekretär Slama für den Textilarbeiterverband in Brünn, ferner Sekretär Dvorak und Senator Aldermann für die tschechischen Sozialdemokraten und Sekretär Hoffmann für die tschechischen Sozialisten sprachen. Hierauf wurde eine vom Senator Aldermann beantragte Resolution angenommen. Montag und Dienstag werden in allen Orten, in denen sich Textilfabriken befinden, Arbeiterversammlungen abgehalten werden.

Banknotenumlauf in Oesterreich — 103 Milliarden. Laut dem Ausweis der zweiten Novemberwoche ist der Banknotenumlauf der Oesterreichisch-ungarischen Bank um 7096 Millionen Kronen gestiegen, sodaß der Gesamtstand an Umlaufmitteln 103.128 Milliarden Kronen beträgt.

Pachtverträge auf Staatsgütern. Die Regierung hat im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Miet- und Pachtverträge, welche sich auf die Güter beziehen, die nach dem Friedensvertrag dem tschechoslowakischen Staat zugefallen sind, durch den Staat mit einer dreimonatigen Frist geründigt werden können. Die bisherigen Pächter haben Anspruch auf Entschädigung der für Investitionen verausgabten Summen.

Spaltung des französischen Eisenbahnerverbandes. Montag, den 21. November haben die Kommunisten ihren Austritt aus dem französischen Eisenbahnerverband auf einem eigenen Verbandstag vollzogen.

Russisch-deutsche Handelsbeziehungen. Die Moskauer „Ekonomischeskaja Schisn“ konstatiert ein bedeutendes Anwachsen der Einfuhr aus Deutschland. England steht vorläufig noch an erster Stelle, was die Quantität der eingeführten Waren betrifft. Es ist aber ganz ungewiss, ob es dieses Vorrecht bald an Deutschland abtreten muß.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 327 1/2, 100 Mark 35,02 1/2, 100 schwed. Kronen 1795 1/2, 100 Lire 890, 100 franz. Franken 676 1/2, 1 Pfund Sterling 882 1/2, 1 Dollar 96 1/2, 100 belg. Franken 656 1/2, 100 Peso 1302 1/2, 100 Dinar 122 1/2, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 179 1/2, 100 poln. Mark 3,05, 100 ung. Kronen 10,90 tsch. Kronen.

### Kunst und Wissen.

Vortrag Richard Hamann. Am Samstag sprach Prof. Hamann aus Marburg über die Entwicklung der neuesten Kunst bis zum Expressionismus. Der vorzügliche Gelehrte hat sich insbesondere durch seine Geschichte des Impressionismus einen angesehenen Namen gemacht. Die moderne Kunst ist somit sein eigenstes Gebiet. In außerordentlich geistvoller Weise entwickelte Hamann vor einem leider nur kleinen Auditorium seine Anschauung über die Grundlagen des Expressionismus als der aktivistischen gegenüber dem Impressionismus als der geruhamen, passivistischen Kunst, die auf die von außen empfangenen Eindrücke reitet, um sich möglichst rein d. h. möglichst ohne eigenes Dazutun wiederzugeben, nicht, sie selbstherlich zu formen, wie es die neue Kunst im Sinne hat. Leider ist die Kunst, die er als eine aktivistische für arbeitende Menschen aufsaht, für Leute, die etwas tun und nicht nur genießen wollen, keineswegs so beschaffen, wie er sie in seiner optimistischen Phantasie sieht und wird sich auch nicht in der Richtung entwickeln, die er ihr anweist. Vielmehr scheint die wirkliche Entwicklung in der Richtung zu gehen, die Hamann als einen Irrweg bezeichnet, in der Richtung einer neuen Mystik und Religiosität. Aber immerhin sind seine Ausführungen von allerhöchstem Wert, eben dieses Versuchswegen, die moderne Kunst nicht als reaktionär, sondern als unserer revolutionären Zeit entsprechende Strömung zu charakterisieren. Der Vortrag dürfte wegen seines hohen Interesses wiederholt werden. Ein vorzügliches Werk dieses geistvollen Kunsthistorikers „Geschichte der Malerei des 19. Jahrhunderts“ ist in der Sammlung: „Aus Natur und Geisteswelt“ erschienen und daher auch weiteren Kreisen ohne große Kosten zugänglich. Dr. E. A.

Neues deutsches Theater. Heute Donnerstag, 24., „Bitter aus Dingsda“; Freitag, 25., „Tanzgräfin“; Samstag, 26. nachmittags „Wassenschmied“, abends „Marquis von Reith“, nachts „Der Mann mit der Maske“, Kabarett, „Roter Strich“; Sonntag, 27., nachm., „Bitter aus Dingsda“, abends „Madame Butterfly“.

### Literatur.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, vierte Auflage, herausgegeben von E. Cifer, Ab. Weber und Fr. Wieser, Jena, Verlag Gustav Fischer (bisher erschienen vier Lieferungen). Dieses Standardwerk der sozialwissenschaftlichen Literatur erscheint nunmehr in der vierten Auflage. Die vielen Freunde, die sich das hochbedeutende

Werk durch seine bisherigen drei Auflagen erworben hat, werden das Neuerscheinen des Handwörterbuches für Staatswissenschaften mit Freuden begrüßen, da in dieser Auflage die großen Umwälzungen, die Krieg und Nachkriegszeit auf dem Gebiete der Sozialwissenschaft mit sich gebracht hat, bereits berücksichtigt sind. Die vierte Auflage weist die gleichen Vorzüge auf wie die bisherigen Auflagen: Erstklassige Mitarbeiter, klare Darstellung, Uebersicht, gedrängt geschrieben, berücksichtigt es sowohl die Theorie als auch die Gesetzgebung und Darstellung der Erfahrungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Wir möchten dieses Werk unseren Gewerkschaften wärmstens empfehlen, die für die Betriebsratsschulung und die zu errichtenden Betriebsratzentralen das Buch sehr mit werden verwenden können. Ebenso finden jene, die in den Gemeindevertretungen tätig sind, sehr viel für sie Wissenswertes darin, kurz, für alle Funktionäre der Arbeiterbewegung, seien sie Abgeordnete, Sekretäre der politischen Partei oder der Gewerkschaften, ist das Buch eine Notwendigkeit. Eine Lieferung dieses umfassenden Werkes, zu dessen Fertigstellung wenigstens zwei Jahre notwendig sein werden, kostet 18 Mark. Auch den Arbeiterbibliotheken sei seine Anschaffung empfohlen.

### Bereinsnachrichten.

Sitzung der Bezirksvertretung. Donnerstag, 8 Uhr, Verein deutscher Arbeiter. Trauerkundgebung für Genossen Prof. Raudnitz.

Polzialorganisation Prag I und V. Morgen acht Uhr abends im Rosenaal des Eibovy dum (Dibernerstraße 7) wichtige Besprechung.

### Turnen und Sport.

Das Eigaretterkämpfspiel D. F. C. gegen Tepl. F. A., das Samstag ein so unruhliches Ende fand, dürfte an einem der nächsten Sonntage auf einem neutralen Platz, entweder Sparta-Platz in Prag oder in Karlsbad, wiederholt werden.

Sonntag finden in Prag einige interessante Spiele statt. D. F. C. spielt gegen Union Jizlow, die bekanntlich in der tschech. Meisterschaft an zweiter Stelle stehen, ferner spielt die Sparta gegen den Tepl. F. A. und endlich dürfte das Pokalspiel Slavia gegen Viktoria Jizlow wiederholt werden.

Union Jizlow, der sonntägige Gegner des D. F. C., hat in seiner Mannschaft sechs Spieler, die im Spielverlauf den Rang eines Hofrates bekleiden.

Der Tschech. F. Verb. hat entschieden, daß das Pokalspiel Slavia-Viktoria, gegen welches seitens der Slavia Protest eingelegt wurde, weil der Schiedsrichter die erste Spielzeit um 5 Minuten verkürzt hat, diesen Sonntag mit zwei Spielhälfen nachgespielt werden soll, von denen die erste fünf und die zweite 45 Minuten betragen wird. Der Verband muß jedoch für dieses Spiel der Viktoria, die bekanntlich gesperrt ist, ausnahmsweise Spielerlaubnis erteilen.

Stuhlfant und Blatto, die derzeit bekanntesten Golmänner, sind in der letzten Zeit von einem argen Mißgeschick verfolgt. Stuhlfant mußte in Prag gegen Sparta fünf Goals passieren lassen, was auch Blatto in Prettburg gegen den dortigen Sportklub passieren ließ.

Über eine halbe Million Mitglieder haben die Arbeiter-Turn- und Sportverbände in Deutschland. Außerdem gehören ohne Zweifel zahlreiche Arbeiter auch anderen Sportvereinen an. Insgesamt wird in Deutschland von 3.200.000 Deutschen Sport betrieben, welche in Vereinen organisiert sind. Gewiß wäre auch eine ähnliche Statistik bei uns interessant, um festzustellen, wieviel Arbeiter bei uns Sport betreiben.

Ein ähnliches Mißgeschick, wie es dem Schiedsrichter des Pokalspiels Slavia-Viktoria am Sonntag passierte, geschah auch in England bei einem Cupspiel, bei welchem das Spiel um fünf Minuten verkürzt wurde. Der Schiedsrichter, auf diesen Fehler aufmerksam gemacht, ließ jedoch die Spieler aus den Ankleideräumen holen und die fehlende Zeit nachspielen.

Berausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

„No Sanssouci“. Das padende Filmmittel „Das Geständnis“, das bisher durchwegs ausverkaufte Häuser erzielt hat, wird in den heutigen Vorstellungen zum letzten Male vorgeführt. Morgen tritt an seine Stelle ein Kolossal-Film: „Atlantis“, eine Bearbeitung des gleichnamigen Romans von Pierre Benoit. Ein französischer Film, dessen Schauplatz die Wüste und dann ein Palast von überwältigender Märchenpracht ist. Die Handlung selbst verwebt reale Wirklichkeit mit einer nahezu unerhörten Ausschweifung der Phantasie. Kartendruckverkauf bei Truhlar in der „Koruna“ und beim „Roschil“ den ganzen Tag über, an der Biokasse von 9 bis 20 Uhr ununterbrochen. 364

**BERSON GUMMIABSÄTZE**  
BILLIGER ALS LEDER

**Siegmund Deutsch**, Plestany, Wilsonstr. 25.  
offeriert Spelsekartoffel, Linsen, Bohnen, Erbsen, rumänischen Hafer, Nüsse, Zwiebeln, Knofel.  
Qualität garantiert bis Käufers Endstation.  
Anfragen auf kleine Posten werden nicht beantwortet, nur Waggonware. 361  
Jede Sendung geht transito.

**KOHLÉ-KOKS**  
In plombierten Säcken  
**Sooboda & finais**  
PRAHA, Jungmannova 3.  
Telephon 553-5514. 333

Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich meine interessanten u. lehrreichen Broschüren kommen lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von K 2, in bar. Versandgeschäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

**Christbaumschmuck**  
für Händler, aus Glas, Schmelz usw., nur Neuheiten, direkt vom Erzeuger, daher billige Preise, liefert in Musterpaketen von 100 Kronen aufwärts gegen Nachnahme 319  
Richard Werner, Schlag Nr. 71/III, bei Gablonz a. N.

**Mehlwürmer**  
per Schock 2 K 8 liefert nur per Nachnahme nicht unter 10 Schock Josef Hampf in Neusattl 531, b. Eibogen. 242



### Inland.

**Verhaftung eines Parteiredeleiters in Preßburg.** Wie wir auf dem Umwege über Wien erfahren, wurde in Preßburg der Redakteur unseres dortigen Parteiblattes „Volkswacht“ J. Oltan Konach verhaftet. Wie wir dazu erfahren, soll die Verhaftung über Weisung des Justizministeriums erfolgt sein. Die Gründe der Verhaftung konnten in der späten Nachtstunde, in der uns diese Nachricht zukam, nicht mehr festgestellt werden.

**Die abgetane deutsche Einheitspartei.** Die deutschbürgerlichen Parteien gehen schon seit dem Umsturz mit dem Gedanken einer „deutschen Einheitspartei“ treiben. Sie schieben die Schuld, daß es zu dieser Einheitspartei noch nicht gekommen ist, der deutschen Sozialdemokratie zu und übersehen dabei, daß die einzelnen deutschen Parteien die Interessen der verschiedenen Klassen der deutschen Bevölkerung dieses Staates vertreten. Nun hat auch der Führer der deutschen Agrarier, Abgeordneter Krepel, dem Traum von der deutschen Einheitspartei ein jähes Ende bereitet, indem er in seiner jüngsten Leiraer Rede ausführte: „Ich sage jenen, die heute mit einem neuen Programm, mit der Einheitspartei kommen: So viel Worte, so viel Torheit, so viel Unmöglichkeit.“ Hoffentlich wird nun das utopische und kindische Rufen nach der deutschen Einheitspartei aufhören.

**Verlängerung des Miet- und des Wohnungsbeschlagnahmegesetzes.** Die Festsätze in ihrer letzten Sitzung über das Mieterschutzgesetz sowie über die Verlängerung des Bodenbeschlagnahmegesetzes. Beide Gesetze sollen noch vor Neujahr durch das Parlament erledigt werden. Das Gesetz betreffend die Beschlagnahme von Wohnungen durch die Gemeinden soll in ein Gesetz über den Schutz der Wohnungen umgeändert werden, welches Gesetz wesentliche Änderungen und insbesondere die Möglichkeit von Zinsserbhöhungen vorsieht. Wie der „Cas“ erfährt, wird die Gültigkeit des Gesetzes über den Mieterschutz mit einigen kleinen Änderungen noch auf ein Jahr verlängert werden. Das Gesetz über den Schutz der Wohnungen erweitert werden, deren Miete nicht größer sein soll, als die Quote aus der Gesamtmiete der Wohnung beträgt. Die Vernichtung der Wohnungseinrichtung darf in den Preis nicht mit eingerechnet, sondern in angemessener Höhe im besonderen bestimmt werden. Die Frage der Erhöhung der Mietzinse ist noch nicht zu Ende beraten und wenn es zur Erhöhung kommt, wird der erhöhte Mietzins für einen Fond verwendet werden, der zur Unterstützung der Baubewegung dient und keinesfalls für die privaten Bedürfnisse des Mieters.

**Strategische Aengste der „antimilitaristischen“ Kommunisten.** Die Kommunisten haben in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, der die zweite Seite ihrer Ideologie, das Festhalten an „unserer“ Republik, sehr stark beleuchtet. In dem Antrag handelt es sich um die Errichtung ein-

ger Bahnen, die den Verkehr der Tschechoslowakei nach dem Osten ermöglichen und erleichtern sollen. Die Kommunisten Molik, Janalik und Mertl sagen nun in ihrem Antrag wiederholt, daß diese Bahnen nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch strategisch wichtig sind, daß sie „unserer“ Republik sichern, schützen, die Gefahren abwehren sollen: Die „Abwehrstrategie“ liegt den Kommunisten, den privilegierten Segnern des Klassenstaates und des Militarismus, am meisten am Herzen. Die Angst um ihre Republik ist ihr Urm und Auf bei allen Fragen, auch bei der Frage der Errichtung einiger Bahnen. So sehr lieben sie diesen Staat, daß sie ihre Zuneigung gar nicht mehr mit der gewohnten Demagogie bemänteln zu müssen glauben.

**Das Gesetz gegen die Habsburger.** Wie das gestrige „Pravo Lidu“ meldet, wird die Regierung dem Parlamente einen Gesetzentwurf vorlegen, der mit schweren Strafen die monarchistisch-habsburgische Propaganda verfolgen wird. Zu lebenslänglichem Kerker wird jeder verurteilt werden, wer das republikanische Staatsgebilde in ein monarchistisches Gebilde mit irgend einem Habsburger an der Spitze umzuwandeln sich bestreben würde. Ein Angehöriger des Habsburger-Geschlechtes würde ein Verbrechen, das mit 5 bis 10 Jahren schweren Kerkers bestraft würde, begehen, wenn er ohne Bewilligung des Innenministeriums den Boden der Republik betritt; wer davon wüßte, ohne die Anzeige zu erstatten, wird wegen Verbrechens eventuell bis zu einem Jahre bestraft werden. Ein wegen monarchistischer Propaganda verurteilter Ausländer wird für immer ausgewiesen, ein Inländer unter Polizeiaufsicht gestellt. Neben den Strafen wird auch die Vermögenskonfiskation über den Täter verhängt.

**Reformen in der Slowakei und Karpathorufland.** Wie die „Tribuna“ erfährt, widmet die Regierung in der letzten Zeit den Verhältnissen in der Slowakei und Karpathorufland erhöhte Aufmerksamkeit und hat einen bestimmten Plan, die administrativen Fragen der beiden Länder zu bereinigen. Die Reform soll zwar allmählich, aber raschest durchgeführt werden. Diese Woche bereits soll sich die Regierung über das neue Statut der autonomen Städte in der Slowakei schlüssig werden. Sodann soll es zu der Errichtung von Gauen kommen. Bis zum Frühjahr soll die Gauverfassung in der Slowakei eingeführt sein. Die slowakische Volkspartei verlangt noch außerdem einen Verwaltungsausschuß für die Slowakei, einen Landesschulrat, selbständige Wirtschaftsamter der Slowakei, Regelung der kirchlichen Verhältnisse. In Karpathorufland beabsichtigt die Regierung die Wahlen in den Subernalrat auszuschreiben, was die dortige Bevölkerung jedoch als einen Aufschub der Wahlen in den Landtag und in das Prager Parlament ansieht. Die Regierung soll höchstens noch geneigt sein, die Gemeinderwahlen in Karpathorufland durchzuführen.

**gane der Staatseisenbahnverwaltung es ablehnte so zu handeln, wie Herr Redlich es von ihm verlangte.** Trotzdem Herr Redlich von der Bezirkshauptmannschaft aufgefordert wurde diesen Beamten wieder in den Dienst zu stellen, erklärte Herr Redlich, daß er Przychybski um keinen Preis mehr zurücknehme, selbst wenn er vom Eisenbahnministerium hiezu zehnmal den Auftrag bekäme.

Für den entlassenen Beamten Przychybski stellte Herr Redlich einen jüngeren neuen Beamten namens Hafenauser ein, von dem er um den Schandlohn von K 4.— pro Tag eine Dienstleistung von 15 Stunden täglich verlangte. Dieser Beamte konnte selbstverständlich unter solchen Verhältnissen nicht existieren und hat seinen Posten bereits wieder aufgegeben.

Der Betriebsleiter Ing. Kerpl, welcher dieser grenzlosen Ausbeutung nicht länger zusehen konnte, hatte sich unterfangen, der Direktion den Antrag auf eine Lohnerhöhung für den Beamten Hafenauser und um Beistellung von 2 Kanzeleihilfskräften zu stellen, damit einerseits den gesetzlichen Vorschriften über die Dienstzeit entsprochen und andererseits das Arbeitspensum vervollständigt werden könne. Kurze Zeit darauf entließ Herr Redlich auch den Betriebsleiter, der bereits ein hochbetagter Mann ist. Aber nicht genug daran. Herr Redlich kündigte ihm auch sofort seine Dienstwohnung und als Herr Ing. Kerpl nicht sofort eine Wohnung fand, drohte ihm Herr Redlich mit gerichtlicher Verfolgung. Die von ihm geräumte Dienstwohnung blieb leer stehen, da Herr Redlich keinen Betriebsleiter aufzutreiben vermochte, und sich schließlich gezwungen sah, die Brünnner Staatsbahndirektion um Beistellung zweier Beamten als Substituten zu ersuchen. Von diesen beiden Beamten hat sich einer ebenfalls wieder empfohlen, da Herr Redlich sich weigerte, ihm die Diäten und geleisteten Ueberstunden im Betrage von 1800 Kronen zu bezahlen. Den entlassenen Betriebsleiter Ing. Kerpl hat Herr Redlich den Gehalt für den letzten Monat vorenthalten und ließ sich erst zu einer Teilzahlung herbei, als Kerpl ihn mit der Klage drohte.

Nicht anders wie mit seinen Bediensteten springt Herr Redlich auch mit den Bahnfremden Personen um und er hat sich nicht allein durch sein hochschreiendes Benehmen, sondern hauptsächlich dadurch mit einem Großteile der Auspitzer Geschäftswelt verfeindet, daß er eingelaufene Rechnungen längere Zeit nicht bezahlt und in einzelnen Fällen sogar gerichtliche Klagen werden mußte. Seit Monaten hat er durch seine geschäftigen Anordnungen die Betriebs-einnahmen um viele Tausende von Kronen herabgedrückt, wodurch nicht allein die Bahn selbst, sondern auch die Volkswirtschaft empfindlich geschädigt wurde, was folgende Beispiele beweisen mögen: So ließ er das nicht ihm gehörige Schmalzpurgeleise der hiesigen Ziegelei „Dutag“ sperren, was zu einem Bestörungsprozeß führte. Nach erfolgter gerichtlicher Aufhebung der Sperre verbot er die Beistellung der Wagen zu dem neben der Schmalzpurbahn gelegenen Stationsgeleise und die Ziegelei mußten auf einen für die Verladung ungünstig gelegenen Geleise verladen werden. Dadurch ist die Anzahl der zu verfrachtenden Wagen bedeutend gesunken und der Bahn ein wesentlicher Eintrag verursacht worden.

Weiters ordnete der Herr Redlich an, daß zu dem von der Landesgerveideanstalt gepachtete Magazin keine Wagen mehr beigestellt werden dürfen, sobald angelangte und zur Aufgabe kommende Güter an einer anderen Stelle ausgeladen und von dort aus ins Magazin geschafft werden müßten. Die Folge davon ist, daß die für Auspitz-Stadt bestimmten Sendungen sowie die im Magazin lagernden Vorräte an Hülsenfrüchten, welche ca. 60 Waggons ausmachen, per Achse nach und von Auspitz-Stadt nach Auspitz-Staatsbahn befördert werden müssen. Durch diese Maßnahmen ist der Bahn ein Frachtenentgang von vielen Tausenden Kronen entstanden.

Damit sind die bei der Auspitzer Lokalbahn unter den Regime des Herrn Redlich entstandenen unhaltbaren, standalösen, das Personal sowie weite Kreise der Bevölkerung auf das Schwerste schädigenden Zustände zur Genüge aufgezeigt, um das Eisenbahnministerium als Oberste Aufsichtsbehörde zu unverzüglich und energischem Einschreiten zu veranlassen.

Die Befertigten stellen deshalb an den Herrn Eisenbahnminister die Anfrage: Sind dem Herrn Minister diese standalösen Zustände bekannt und was gedenkt er zu tun, um dieselben raschestens zu beseitigen?

### Tages-Neuigkeiten.

**Trauerfeier für den Genossen Raubnik.** Vor der Einäscherung der Leiche des verstorbenen Genossen Professor Raubnik, die am Montag, um halb 4 Uhr nachmittags vorgenommen werden wird, findet im Prager Krematorium eine Trauerfeier statt.

**Parlamentarische Stillblüte.** Dem Abgeordneten Böhr, dem Sprecher der Christlichsozialen in der Dienstagsitzung des Abgeordnetenhauses, ist es gelungen, die Rede der Budgetdebatte durch folgende ungewöhnliche Häufung sprachlicher Stillblüten zu bereichern: „Durch den Zifferwald des Budgets geht überhaupt ein eigentliches Rauschen. Dieser Zifferwald bietet sich nämlich nicht nur uns Deutschen, sondern jedem Budgetkritiker wie ein lichtloser, verstrüppter, kaum durchdringlicher Urwald dar. Erst zwei von 30 Monaten hat das Kontrollamt überprüft. Das größte Hindernis für eine kritische Durchdringung dieses Dickichts, in dessen Finsternis schon ein Scheinwerfer eines früheren Redners, eines Herrn Kollegen nicht bloß Müden und Potemkinsche Dörfer, sondern auch Elefanten und Abgründe in Form verschleierter Milliarden aufscheinen ließ.“ — Vor der Rede Böhrs stehen wir wie Elefanten vor den Potemkinschen Dörfern eines Urwaldes und suchen vergeblich nach dem Scheinwerfer, der uns die Müden im Dickicht des Zifferwaldes aufscheinen läßt.

**Bücherfreunde und Baluta.** Wer einst die Geschichte der Vernichtung und Entkräftigung des deutschen Volkes im ehemaligen Oesterreich schreiben wird, darf nicht an die Bücherpreise vergessen, die weite Massen des Volkes geistig geradezu ausgehungert haben. Unter die Schieber der Kriegs- und Nachkriegszeit gehört unstreitig auch der Buchhändler. Während der biedere Gauner in der Gestalt des Selders, Milchhändlers und Mehllieferanten wenigstens in einheimischer Währung gewu-

## Standalöse Zustände bei einer Lokalbahn.

Der allmächtig sich fühlende Eisenbahn-pajsha.

Aus einer Interpellation der Abgeordneten Grünzner, Taub und Genossen an den Herrn Eisenbahnminister.

Bei der Auspitzer Lokalbahn in Währen herrschen seit einiger Zeit Zustände, die nicht nur das bei dieser Bahn beschäftigte Personale auf das Schwerste bedrücken, sondern auch unter der Bevölkerung von Auspitz und Umgebung schon große Unruhe und Erbitterung hervorgerufen und zur Stellungnahme in der Presse herausforderten. Die Direktion dieser Bahn geht in der rücksichtslosesten Weise sowohl gegen die eigenen Bediensteten wie auch gegen die Vorfrachter vor.

Der Besitzer dieser Lokalbahn hat es unter Heranziehung und mit Hilfe seines Personales durch Abforderung von Unterschriften von denselben verstanden, die Bewilligung von Ausnahmestrafen durchzusetzen, ohne die gegenüber dem Personale in Bezug auf dessen Entlohnung eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Durch sein Vorgehen gelang es ihm im Vorjahre eine zweimalige Tarifierhöhung zu erwirken und zwar zuerst eine 100% und kurze Zeit darauf eine weitere Erhöhung der Tarife um 50%.

Im März 1920 schloß der Besitzer dieser Bahn, Herr Redlich, mit seinem Personale einen Vertrag ab, in welchem er sich verpflichtete, alle in Zukunft bei den Staatsbahnen für das Personal eintretenden Entlohnungsaufbesserungen ohne weiteres auch für seine Bediensteten in Anwendung zu bringen. Dergleichen verpflichtete sich Herr Redlich, die Dienstordnung der Staatsbahnen anzuerkennen und einer Reihe Bediensteten Ernennungsdekrete auszufolgen. Herr Redlich hat weder die eine noch die andere vertragswähig eingegan-

gene Verpflichtung eingehalten und weigert sich hartnäckig, das Personale in den Bezügen jenen der Staatsbahnen gleichzustellen. Dagegen verlangt er von den Bediensteten Dienst und Arbeitsleistungen, die weit über das zulässige gesetzliche Ausmaß hinausgehen.

Herr Redlich scheert sich weder um Gesetz noch Recht, sondern schaltet und waltet, wie es ihm gerade beliebt. Die Ernennungsdekrete hält er seit Monaten in der Schublade versperret und folgt den darauf anspruchshabenden Bediensteten nicht aus. Er verfügt Entlassungen von Beamten und Arbeiter ohne vorherige Kündigung, ohne die Verdienste für die entgangene Kündigungsfrist auszuzahlen und wirft sie einfach aus ihren Stellen hinaus, wenn sie seinen Launen und oftmals gegen den Diensteid gerichteten Anforderungen nicht zu Willen sind, wie dies in den Fällen des Betriebsleiters Przychybski, des Betriebsleiters Ing. Kerpl und einer Reihe anderer Bediensteter geschehen ist. Das Vorgehen des Herrn Redlich hat bereits dazu geführt, daß der Betrieb dieser Lokalbahn ohnehinleitenden Beamten war und es auch zu Betriebsbeeinstellungen kam, wodurch nicht nur die Sicherheit des Betriebes selbst, sondern auch die Interessen des Reisenden und verfrachtenden Publikums gefährdet und geschädigt wurden, als deren Folge eine Reihe von Prozessen gegen Herrn Redlich anhängig sind. Den Betriebsbeamten Przychybski entließ Herr Redlich, weil er anlässlich einer Revision der Gebahrung der Auspitzer Lokalbahn durch Dr-

### Fenilleton.

## Die Kunst im sterbenden Wien.

Von Walthor Beamt, Wien.

Wien stirbt nicht. Wien ist nicht gestorben. Es lebt, in Losen und Geseul stutet der Verkehr durch seine Straßen, die Geschäftsläden sind gedrängt voll, die Theater überfüllt, überall wimmelt die Masse Mensch.

Und doch stirbt Wien. Jeder Begriff ist neu und Tradition zugleich. Der Begriff Wien ist Tradition, eine der mächtigsten Dynastien Europas hat hier eine Welt des Scheins regiert, die funktionierte solange es Kaiser gab und Beamte. Die spanischen Habsburger sind verjagt, die Monarchie weggetilgt: es gibt auch keine richtigen Beamten mehr.

Der wirkliche Oesterreicher, besser gesagt, der Wiener, hat stets nach oben geschiel. Immer zuvorformend, immer höflich, war sein einziges Bestreben mit aller Welt (seiner Welt natürlich) gut zustehen, nirgendwo anzustoßen. Er war subaltern. Dieses Subalterne, diese Treibhausatmosphäre der gescheiterten Bürgerlichkeit ist dahin, ihre letzten Reste sterben. Und mit ihr die Blüten ihres Daseins, Kunst und Gemütslichkeit.

Der Wiener war immer gemütlich. (Von Gemüt darf man das Wort nicht ableiten.) Jetzt ist er es nicht mehr. Er haßt und leuchtet, er jagt und rennt, und hat noch immer nicht begriffen, daß alles vorbei ist. Die Wiener Bevölkerung ist in zwei Lager geschieden: in Einheimische und Zugereiste, in

Arbeitende und Verdienende. Scheinbar bestimmt die Demokratie, die Gesamtheit der Arbeiterschaft das Schicksal der Millionenstadt. Sie reguliert in machtvoll ausgebauter, wunderbar disziplinierter Organisation ihre Lebensbedingungen und bestimmt Tarife und Löhne. In Wirklichkeit kreist der Flügelschlag der Baluta, dessen Achse die Börse ist, wie ein ungeheurer Propeller über der Stadt. Ein Windstoß und Milliarden Papier rollen in den Abgrund. Der Sturm kommt aus dem Westen (jeder Windhauch wird an der Wiener Börse zum Sturm). Berlin reißt Wien unaufhaltsam den Berg hinunter. Schon sind die Schulden Oesterreichs eine Latwine, die nur ein Gott zum Stehen bringen kann. Unter ihrem Donnern ist die Wiener Tradition zermalmt worden, hat das österreichische Antlitz jene Zeichen des nahen Todes eingegraben erhalten, den die ganze Welt in dem einen Schlagwort hört und wiederhört: das sterbende Wien.

Auch der Begriff Kunst und Künstler hat die Wandlung mitgemacht. Kunst ist heute Kunsthandwerk. Es geht in einer Welt der Arbeit und des bedingungslosen Existenzkampfes nicht mehr an, sich den Künstler als Grandseigneur vorzustellen, der aus seiner Laune und Stimmung heraus Kunstwerke schafft. Auch er verarbeitet sich sein Können und seine Kunst. Kunst ist die subtilste und schwerste Arbeit, weil sie eben den Schein der Unselbstigkeit vortäuschen muß. Theater ist in jedem Sinn Kunsthandwerk. War es schon zu Zeiten Molières und Shakespeares wo man es weniger ernst nahm, so heute den Film.



Wert haben, zogen die Buchhändler aus eigenherlicher Wahrung einen wucherischen Nutzen. An der Börse wurde seinerzeit die Mark zu 98 Hellern verkauft, der Buchhändler berechnete sie mit 140 Hellern. Bei einem Protest des Käufers berief er sich auf den Beschluß seiner Organisation, als ob mehrere Wucherer, wenn sie sich zusammenschließen und etwas beschließen, auch schon so etwas wie eine Organisation mit unumstößlichen Normen wären! Endlich geht der Reichswirtschaftsrat daran, dem Buchhändlerwucher wenigstens die aufreizendste Schärfe zu nehmen: Gestern verhandelte die Kommission des Reichswirtschaftsrates für Festlegung über den Umrechnungsfuß der Mark für die Bücherpreise im Monat Dezember und setzte den Kurs der deutschen Mark mit 55 tschechoslowakischen Hellern fest. Als Grundlage für diesen Kurs wurde der Umrechnungsfuß der Post mit Hinzuzählung von fünf Punkten angenommen, weil die alten Borräte bei den Buchhändlern angeblich noch zu einem Kurs von 140 bis 120 Mark angekauft wurden. Im Hinblick auf den Umstand, daß die deutschen Buchhändler zum Preise des Buches einen Valutaausgleich bis 100 Prozent hinzurechnen, wurde beschlossen, daß die hiesigen Buchhändler bei besteristlichen und wissenschaftlichen Büchern als Valutaausgleich 25 Heller aufschlagen werden. Ueberdies wird den Buchhändlern gestattet, einen Regiezuschlag zu verlangen, der sich bei wissenschaftlichen Werken auf fünf Heller, bei besteristischen Büchern auf 18 Heller pro tschechische Krone beläuft. Multipliziert man also den Preis in Mark, der am Tage des Einkaufes im Buche verzeichnet ist, mit 85 bei wissenschaftlichen und 98 bei besteristischen Büchern, erhält man den schließlichen Kaufpreis des Buches in tschechischen Kronen. Weitere Zuschläge, die die deutschen Verleger im Hinblick auf die Entwertung der deutschen Valuta verlangen, dürfen die hiesigen Buchhändler nicht in Anrechnung bringen. — So wie der Verhandlungsbericht. Ob sich die Buchhändler tatsächlich nach den Vorschriften des Reichswirtschaftsrates richten werden, bleibt fraglich. Trotzdem sie auch bei den Dezember-Umrechnungsfuß den reichen Gewinn machen werden, werden sie sich schwer an den neuen Markkurs gewöhnen.

**Ueber die französische Militärmission** äußern sich in einem Leitartikel die „Lidove Roviny“. Die Franzosen bezwecken mit deren Einsetzung die sogenannte l'unité de la doctrine (Einheit der Lehre). Dazu ist eine so große Anzahl französischer Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften nicht notwendig. Bereits zwei Gruppen tschechischer Offiziere sind aus französischen Kriegsschulen zurückgekehrt und gerade jetzt wird nach Frankreich die dritte Gruppe fahren. Das ist eine viel bessere Methode, die französischen Erfahrungen in der tschechoslowakischen Armee zu verwerten, als wenn in Prag französische Offiziere sitzen, die keinen Zusammenhang mit dem französischen Generalstab haben. Keiner dieser französischen Offiziere ist Mitarbeiter der tschechischen militärischen Hochzeitschrift und auch in den französischen militärischen Zeitungen wird über das tschechoslowakische Heer nicht geschrieben. Ein Fehler ist es auch, daß die tschechischen Militärschulen unter französischem Kommando stehen: es ist ein Gebot der nationalen Ehre, daß die tschechischen Militärschüler in nationalem Geist erzogen werden.

Die französische Militärmission in Prag hat keine Ahnung von den Reformen, die seit der Beendigung des Krieges im französischen Heere eingeführt wurden, sie sucht die tschechischen Methoden dem tschechischen Heere aufzupropfen und beiseite alle Einrichtungen im tschechoslowakischen Heere, ohne Rücksicht darauf, ob sie gut sind oder nicht, nur deswegen, weil sie den Einrichtungen im französischen Heere nicht entsprechen. Die „Lidove Roviny“ spenden bei dieser Gelegenheit der alten österreichischen Armee hohes Lob, wie wir es seit dem Kriegsende in tschechischen Blättern nicht gelesen haben. Sie schreiben: „Die österreichisch-ungarische Armee wurde besiegt, nicht deswegen, weil sie eine falsche Doktrin hatte, sondern deswegen, weil sie der sittlichen Grundlagen entbehrte, weil die Monarchie längst schon in Zerfällung begriffen war und eine falsche Politik gemacht hatte. Sonst war die Erziehung der Offiziere und hohen Kommandanten eine sorgfältige und moderne. Conrad von Höhendorf war kein großer Stratege, aber in der Taktik hatte er in Europa nicht seinesgleichen, insbesondere als Methodologe und Erzieher.“ So gelangt das alte Österreich in der tschechoslowakischen Republik immer mehr zu Ehren.

**Eröffnung des Prager Krematoriums.** Der uralte Brauch ist gestern hierzulande wieder zur Tat geworden: die Leichenverbrennung. Jahrhundertlang hat sich die katholische Kirche, die sich nicht schente, Menschen lebendig dem Feuer zu überantworten, der Leichenverbrennung entgegengetan. Erst die Beseitigung ihres mächtigsten Bundesgenossen, des alten Lasterreich, hat wieder die Leichenverbrennung ermöglicht. Gestern vormittags fand in der Jeronimienhalle des Krematoriums auf den Döbner Friedhöfen die feierliche Einweihung des Prager Krematoriums statt. Die Feierlichkeit wurde durch Machons Chor „Feuer“, der vom Orchester des tschechischen Nationaltheaters vorgetragen wurde, eröffnet. Hierauf gab Bürgermeister Dr. Baza eine übersichtliche Darstellung der langwierigen Bemühungen, die zur Errichtung des Krematoriums geführt haben. Trotzdem die ersten Anregungen bereits gegen Ende des verflohenen Jahrhunderts gegeben wurden und auf Verlangen bei einem Großteil der Bevölkerung stießen, scheiterten alle Bemühungen am Widerstand der österreichischen Regierung. In der kurzen Zeit von sechs Monaten war es in der Republik möglich geworden, in der Hauptstadt ein provisorisches Krematorium zu errichten, das allen Anforderungen entspricht. Bürgermeister Dr. Baza dankte für die Mitarbeit des Feuerbestattungsvereines und übergab das Krematorium der Öffentlichkeit. Dr. Scheiner würdigte den Erfolg vom praktischen, hygienischen und ethischen Standpunkt. Durch die Errichtung des Krematoriums soll nur den Forderungen der Hygiene und des praktischen Lebens entsprochen werden. Dr. Brochazka sprach die Hoffnung aus, daß es durch eine entsprechende Propaganda gelingen werde, dem Gedanken der Leichenverbrennung die entsprechende Verbreitung zu sichern und die Kosten der Einäscherung niedrig zu halten. Ing. Wenzl wies auf die Arbeit des Feuerbestattungsvereines hin, der sich bei der Errichtung weiterer Krematorien — als nächste werden Pardubitz und eine mährische Stadt Le-

ichenverbrennungsanstalten erhalten — nicht auf staatliche Subventionen verlasse, sondern durch Werbearbeit sowie durch direkte Verhandlungen mit den betreffenden Gemeinden, die Ausführung ermöglicht. Den Schluß der Feierlichkeit bildete der Vortrag eines Chores. Nachher fand eine Besichtigung des Krematoriums unter Leitung Ing. Machons statt. Gestern nachmittags fand die erste Einäscherung statt.

**Wiederaufnahme entlassener Eisenbahnhilfsbeamter.** Durch den Krieg wurde eine große Zahl von Eisenbahnhilfsbeamten stellenlos, da sie keinen Rechtsanspruch auf Wiederaufnahme nach der Demobilisierung hatten. Für sie galten noch die Vorschriften des Erlasses des österreichischen Eisenbahnministeriums aus dem Jahre 1908, demzufolge Hilfsbeamte mit Ausnahme der Beamtenanwärter, die von der Ableistung des Militärpräsenzdienstes zurückkehren, keinen Rechtsanspruch auf die Wiederaufnahme in die Dienste der Eisenbahn haben. Die genannten Hilfsbeamten konnten nur unter den im oberwähnten Erlass aufgestellten Bedingungen, worauf in dem Erlass vom 17. Mai 1921 ausdrücklich aufmerksam gemacht wurde und in dem übrigens auch das allgemeine Verbot der Personalaufnahme betont wurde, aufgenommen werden. Diese Bestimmungen finden jedoch keine Anwendung auf jene ehemaligen Eisenbahnbefugten, die militärischen Kriegsdienst leisteten. Selbst wenn ihr normaler militärischer Präsenzdienst dem Kriegsdienst eventuell voranging oder wenn der militärische Präsenzdienst erst nach dem Kriegsdienst oder als Ergänzung oder Fortsetzung des militärischen Präsenzdienstes im Sinne der Bestimmungen des Wehrgesetzes abgeleistet wurde. Im Hinblick auf die gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Verhältnisse gab das Eisenbahnministerium am 13. Oktober einen Erlass heraus, demzufolge die oberwähnten Hilfsbeamten wieder in Dienst genommen werden können, unter der Bedingung, daß sie binnen 30 Tagen vom Tage der Beendigung des Militärpräsenzdienstes, beziehungsweise vom Tage der Herausgabe des Erlasses um Wiederaufnahme ansuchen. Ihre frühere Dienstleistung muß allerdings zufriedenstellend gewesen sein. Außerdem müssen sie vom Bahnarzt für den Eisenbahndienst als geeignet befunden werden. Analog ist hinsichtlich jener Eisenbahnbefugten vorzugehen, die anlässlich des Magyarenfalles in die Slowakei im Jahre 1919 zum Militärdienste einberufen wurden. Durch diese Verfügungen werden die im Kriege vom ehemaligen österreichischen Eisenbahnministerium in dieser Frage getroffenen Bestimmungen, soweit sie mit dem hier erwähnten Erlasse im Widerspruch stehen, aufgehoben.

**Ein Tausend neuer Wohnungen in Brünn.** Wie der „Bozor“ meldet, wurden in diesem Jahre etwa tausend neue Wohnungen gebaut. Die Bautätigkeit wird in den nächsten vier bis fünf Jahren noch gesteigert werden, sodaß in dieser Zeit die Wohnungskrise beseitigt sein dürfte. Die Privatunternehmer haben sich an der Verringerung der Wohnungsnot beinahe gar nicht beteiligt. Das größte Haus Brünns, ein elf Stock hoher Wolkenkratzer mit Magazin und zwei Kellergeschoßen wird am Ende der Krappengasse nächst dem Stadttheater erbaut.

überbrannt. Die tieferen Akzente fehlen gänzlich.

Das Wiener Sprechtheater, von einem neuen Mann geleitet, liegt draußen, am Gürtel. Dr. Beer, aus Brünn kommend, wo er sich ein Ensemble zurecht spielte, um es nach Wien mitzunehmen, hat das **Raimundtheater** der Operette entlassen. Er bringt Berlin und die deutsche Moderne, für Wien ein wenig veredelt und abgeschliffen, nach Oesterreich, von dort her weht ein frischer Zug in den Theaterkump. „Florjan Geher“ mit Klöpfer in der Titelrolle war eine Tat. Hier zeigte sich Disziplin, sparsames aber nachhaltiges Einsetzen von Mitteln. Edelste deutsche Revolution, Auflehnung des Volkes gegen die Gemeinheit der Masse bekam einen von Taten vergeistigten Klang. Dann auf einem Umweg über Bahr Buchners „Bohzed“. Abermals Klöpfer, diesmal ein Riese, der sich in der hinhühelnden Gestalt des armen Soldaten zur Tragik aufreckt, die ihm große Worte der Menschlichkeit sprechen läßt. „Bohzed“ ist die Tragödie des Allerärmsten. Dort wird das Wort des Betrunkenen gesprochen: „auch das Geld geht in Verwesung über“. Das Wort unserer Zeit.

Nach Klöpfer brachte Dr. Beer den Lustigmacher Ballenberg zu Gast. In Wolie lebte er sich als „Geiziger“ und „Eingebildeter Kranker“ in Scherz und Ernst aus. Neben einem stillichsen Ensemble, unter künstlerisch einheitlicher Regie.

Hier lebt die Kunst. Und anderswo in Wien wuchert sie. Im Sumpf gedeiht alles. Wo viel vermodert, dort ist die feiste Erde für das — was weiterlebt.

Auch der Landesauschuß wird sich rege an der Bautätigkeit beteiligen.

**Für „Flammender“.** In Wien heißt er Draxler, in Prag Flammender. Er lebt und liebt in der Nacht — „öffentlich und vor mehreren Leuten“, wie es im Gejete heißt. Er ist in Bars, Kaffees und an anderen Versteilen, die kein Kloster sind, anzutreffen. In dieser seiner nächtlichen Existenz hat der Stadtrat von Břihov eine Steuerquelle entdeckt. Wer als „Flammender“ von der Polizei nach der Sperrstunde angetroffen wird, zahlt für sich und seine Begleiterin zwei Kronen. Strafe kann man das kaum nennen. Der Begriffschwanz zwischen Buße und Belästigung. Es soll übrigens erwogen werden, ob nicht in ganz Prag der „Flammender“ eingeführt werden soll. Jedenfalls wird die Steuerpolizei eine rege Tätigkeit zu entfalten haben. Sie wird jedenfalls auf ihre Kosten kommen.

**Nationalistischer Bahn Otkauer Angestellter.** In Mährisch-Otkau fand jüngst eine Versammlung tschechischer Angestellter statt, in der beschlossen wurde, zu verlangen, daß die deutschen Angestellten im dortigen Industriegebiet entlassen werden und an ihre Stelle tschechische Angestellte kommen sollen. Gegen diesen unsozialistischen Beschluß wendet sich der Arbeitsauschuß der sozialistischen Privat-Angestellten-Organisationen in Prag. Der Arbeitsauschuß erwartet von den organisierten Angestellten, daß sie, unberührt von nationalistischen Schlagworten, jedem Genossen der arbeitenden Klasse, so weit dieser seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Kollegen nachkommt, die Solidarität halten werden.

**Faschismus in den Vereinigten Staaten.** Nicht nur Italien hat eine faschistische Bewegung, die angeblich der Erhaltung und Pflege des nationalen Gedankens und der nationalen Reinheit dient, sondern auch die Vereinigten Staaten in den Neu Kluzern. Aber wie der Nationalismus für die Fasi (Bünde) in Italien ein Aushängeschild ist, unter dem sich der organisierte Mob und die systematische Verfolgung der Arbeiterbewegung verbirgt, so auch für den Neu Kluz Klan in Amerika. Der Neu Kluz Klan ist keine vollkommen neue Erscheinung. Ihren Ursprung verdankt diese geheime Bruderschaft einer nach dem Bürgerkrieg entstandenen Bewegung gegen die zu frei gewordenen Regier. Als nach dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg zahlreiche Regier in die Armee eintraten und infolge des fühlbaren Mangels an Arbeitskräften die in den Südstaaten herrschende Methode, die Schwarzen nur zu niedrigen Arbeiten heranzuziehen, nicht länger aufrecht erhalten werden konnte, sondern die Regier in alle Arbeitsgebiete eindringen und damit auch ein stärkeres Selbstbewußtsein erlangten, lebte der Neu Kluz Klan wieder auf. Es gab wieder Regierhändereien und dergleichen „Spässe“, kurz die alten Mittel, um die Heberlegenheit der Weißen zu beweisen und um den Regern beizubringen, daß sie eigentlich immer noch Sklaven und Freiwild für die „Herren“ seien, wurden erneut zur Anwendung gebracht. Inzwischen liegen es die Neu Kluzer bei der Verfolgung der Regier nicht bewenden. Unter dem Felsgeskrei „hundertprozentiges Amerikanerium“ nahmen sie den Kampf auch gegen die Juden, die Einwanderer und vor allem gegen die Arbeiterbewegung auf. Das große Ziel ist die Bekämpfung der Arbeiterbewegung und namentlich der sozialistischen Bewegung mit der Vertreibung sozialistischer Agitatoren aus den Südstaaten und dem Sprengen sozialistischer Verfassungen wurde bereits der Anfang gemacht. Und da die Neu Kluzer ihre Organisation bereits auf 45 der 48 Staaten der Union ausgedehnt haben, dürften die Sprengungen und Verhinderungen sozialistischer Versammlungen und die gewaltsame Vertreibung sozialistischer Redner bald auch außerhalb der Südstaaten praktiziert werden. Neu ist diese Art des „geistigen Kampfes“, um die sozialistische Bewegung im Speziellen und die Arbeiterbewegung im Allgemeinen zu schädigen, ohnedies nicht. Sie ward ausgeübt schon vor zwei Jahrzehnten in Idaho, als damals die Erzgräber Forderungen stellten und man sowohl die Führer als auch die Erzgräber kurzerhand entweder in große, von dem „Drönungs“ Mob errichtete Konzentrationslager brachte oder sie teerte und federte und außerhalb des Landes schleppte mit der Drohung, sie im Falle der Wiederkehr aufzuknüpfen. Auch die späteren Arbeiterkämpfe in Idaho und die Bewegung, die zu dem Monstre-Prozess gegen Haywood, Moyer und Pettibone führte, zielte die gleichen Gewalttaten des Bürger-Mobs und ein geradezu infames Spitzelwesen. Und erst im Laufe dieses Jahres wurde durch Sidney Howard in einem sehr detaillierten Bericht nachgewiesen, wie das Unternehmertum durch Spitzel und Spibelagenturen die Arbeiter und namentlich ihre Führer überwachert läßt. Howard bringt außerdem authentisches

Die Wiener Theater kämpfen wie alle Theater Mitteleuropas mit dem Defizit. In Wien sind die Verhältnisse besonders schwere. Man hat noch immer starke Zusammenhänge mit der Tradition und muß doch verdienen. Die Zahlenden, heute das Gesindel, die Hefe Europas, die in Wien in Automobilen fährt, bestimmen mit. O, rettet die Geistigkeit, mahnet die Achtung vor den größten der Nation, die nicht mehr leben, um wie Gerhart Hauptmann, des Angassens halber bejubelt zu werden!

Die Musik hat es irgendwie leichter. Sie spricht eine internationale Sprache, sie ist jedermann verständlich, selbst der Schieber hat ein geneigtes Ohr für Wagner. Wien ist noch immer die erste Musikstadt der Welt. Zwar: es bedarf besonderer Beziehungen (alles in Wien ist nur durch „Beziehungen“ zu erreichen — das hat die Revolution nicht austrotten können), um einen Sitz in die Staatsoper zu ergattern. Die billigeren Plätze sind vergriffen, die höheren unerschwinglich. (Ein Amerikaner, der sich einen Sitz um zweitausend Kronen gekauft hatte, sagte zu mir: „Die Wiener verschleusen ihre Bilets. Um 40 Cents kann ich in New York nicht in der ersten Parterreihe der Oper sitzen!“) Aber die Vorstellungen werden von Komponisten von Weltgeltung dirigiert, Weltstars singen die Hauptrollen, ein Orchester, in dem jeder einzelne ein Virtuose ist, bietet Musik im Wiener Verstand des Wortes: allerbestes.

Die Sprechtheater (und ich meine nur ernstzunehmende Bühnen) labieren. Die Burg kann ihre Tradition nicht fahren lassen und experimentiert bereits stark in der Moderne, ist dabei weder Fisch noch Fleisch und gerät in-

Hintertreffen. Wildgans ist als Künstler unbedeutend, zu werten. Er bemüht sich scheinbar, roß Berlin und seinem immer stärker werdenden Einfluß, die Linie zu wahren. Mit Geraldins „Hochzeitstagen“ wurde er angeblasen. Der Sturm war sicherlich chauvinistisch. Denn das Stück ist fein und gute bürgerlich-französische Ware; man möchte beinahe sagen: solid. In der Darstellung bestes Burgtheater. „Und Pippa tanzt“ war schon mehr Experiment. Bacit, ein geschickter Märchenillustrator, hat zu wenig Stil, um das absurde Werk Hauptmanns zu vergegenständlichen. Manier genügt da nicht. Zwei Akte sind nahezu gelungen, im Dritten ist es vor lauter Bumpen nicht mehr auszuhalten! Heines Regie arbeitet temperamentvoll vieles heraus, hört aber dadurch — will mir scheinen — die innere Harmonie des Werkes. Denn Pippa ist das heimliche Wunder im ewigen Sturmgewirbe der schicksaligen Wälder, dort wo es von Deutschland ins Böhmisches hinübergeht — o sonderbar weher Heimatklang, der in den Worten „das Böhmisches“ liegt, wenn man es aus dem un-deutschen Mund Gerhart Hauptmanns hört!

Wirkliche in sich geschlossene Kunst bieten die Klaffen. Ich will nur „Nachts“ erwähnen. Da spielen sie sich selber, die ganze melancholische Seele der unendlich endlosen Welt drüber klingt auf, wenn sie singen (die Klaffen singen sehr schön) und man fühlt, hier ist etwas gerettet. Denn diese nationale Kunst kann nicht aussterben.

Das Volkstheater experimentiert. „Der Pelikan“ ist hart am Rande des Regiescherzes. Hier wird Strindberg von Bahenleber (ich denke an keine Gelpensternate „Jenseits“)